

(A) Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 140. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen und sage Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Ich begrüße auch unsere Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 18 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wer hat denn Geburtstag?)

- Das verrate ich nicht.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung unserer heutigen Tagesordnung ein. Wir bleiben bei der alten Numerierung.

Ich rufe deshalb Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Nachtragshaushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 11/7300 und 11/7590

Bechlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 11/7600

dritte Lesung

Ich verweise auf den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/7710, eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU*): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die dritte Lesung eines Haushaltes, auch eines Nachtragshaushalts, gibt natürlich immer Gelegenheit, auf die tieferliegenden Ursachen des Zahlenwerkes zurückzukom-

men, auch wenn das heute nur in 15 Minuten möglich ist. (C)

Insofern sollten wir uns gerade in Erinnerung rufen, daß diese Landesregierung auch in diesen Tagen nichts unversucht gelassen hat - zuletzt noch gestern bei der Aussprache über die Pflegeversicherung -, ihrer Spezialdisziplin gerecht zu werden, nämlich alle Schuld für alle Misere nach Bonn zu schieben.

(Beifall bei der CDU)

Das jüngste Beispiel war die ominöse Konferenz in Kamen zu den Kommunal финанzen,

(Minister Schleußer: Ominös?)

wo der angebliche Versöhner mit sehr unversöhnlichen Tönen versuchte, die Misere der Kommunal финанzen ebenfalls Bonn in die Schuhe zu schieben. Aber das ist gründlich danebengegangen.

Seit Jahren macht das Land einen Raubzug durch die Kommunalkassen, wie es schlimmer überhaupt nicht sein kann. Ich bin eigentlich ganz glücklich darüber, daß diese Initiative der Landesregierung uns Gelegenheit gegeben hat, klarzumachen, daß anstelle der noch nicht beschlossenen 1 Milliarde DM bei der Arbeitslosenhilfe, die nach der Absicht der Bundesregierung auf die Kommunen verlagert werden soll, diese Landesregierung in den letzten Jahren so viele Maßnahmen getroffen hat, daß heute den Kommunen rund 9 Milliarden DM in den Kassen fehlen. Meine Damen und Herren! Das gehört zu der Wahrheit, die jedem draußen, auch im Kommunalwahlkampf, klargemacht werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, daß es auch unter den Sozialdemokraten noch gestandene Männer wie beispielsweise den Vorsitzenden der SPD Ratsfraktion in Essen, Herrn Nowack, gibt, der natürlich ebenfalls am Rande dieser Tagung gesagt hat, da könnte man in Sachen Land noch viel Kritisches feststellen.

Meine Damen und Herren! Wir stellen fest, daß die 117 Milliarden DM Schulden uns allen wie ein Mühlstein von dieser Landesregierung um den Hals gehängt wurden. Daß es hausgemachte Schulden sind, das ist das Wichtigste, was wir nach dieser Haushaltsdebatte feststellen müssen. Es sind hausgemachte Schulden, die

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) bis heute so gut wie nichts mit der deutschen Einheit zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Schleußer über die 22 bis 23 Millionen DM Zinsen am Tage sehr unglücklich ist, so genügt es nicht, Herr Schleußer, das so zu bekennen, sondern Sie müßten in den Haushaltsberatungen wirklich einmal darstellen, was Sie gravierend ändern wollen, um die Richtung für die Finanzen anders anzugeben.

(Minister Schleußer: Das nützt bei Ihnen gar nichts. Sie sind nicht einmal bereit zuzuhören!)

- Lieber Herr Schleußer, Sie sind Nummer eins bei den Schulden, Sie sind Nummer eins bei den Arbeitslosen,

(Minister Schleußer: Bei dieser Bundesregierung!)

Sie sind Nummer eins bei dem schlechtesten Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland, und dann riskieren Sie noch eine große Lippe. Es gab in Nordrhein-Westfalen einmal eine Sozialdemokratie, die zur Landtagswahl verkündete - ich habe mir dieses wunderschöne blau-rote Ding noch einmal herausgeholt -: "Wir werden wieder Nummer eins". Davon hören Sie überhaupt nichts mehr.

(B)

Wo Sie Nummer eins sind, habe ich gerade klargemacht. Wenn wir von der Opposition erklären, daß diese Landesregierung und diese SPD-Landtagsfraktion den Strukturwandel in diesem Land verpennt hat, dann ist das im Grunde genommen auch die Erkenntnis der Regierung; denn Herr Einert, meine sehr verehrten Damen und Herren, drückt das ganze, was wir ein bißchen salopp formulieren, nur ein bißchen vornehmer aus. Er sagt: Wir haben zu sehr auf Beharrung gesetzt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ja, liebe Freunde, das ist genau das gleiche, nur mit anderen Worten ausgedrückt: eine späte Erkenntnis, und sie kommt zu spät.

(Beifall bei der CDU)

Die Blockade moderner Techniken hier im Lande ist sprichwörtlich. Sie sollten sich vielleicht noch einmal anschauen, was Edzard Reuter bei der Vorstellung des Scharping-Buches seiner SPD ins Stammbuch geschrieben hat. Er hat davon gesprochen, daß Sie in der Diskussion um moderne Technologien endlich Ballast ab-

werfen müßten, daß Sie Tabus brechen müßten. Es reicht nicht, Herr Einert, nunmehr zum zweiten, zum dritten Mal einen Pakt der Modernisierung mit der Industrie zu verkünden. (C)

Unter dem 7. September 1994 lesen Sie, meine Damen und Herren: "NRW strebt Bündnis mit der Wirtschaft an." - Dasselbe haben Sie in der Verlautbarung der Landesregierung am 9. Februar 1993 verkündet. Es gab Gespräche, die initiiert wurden, aber in einem Desaster endeten, weil es Ende 1993 keine gemeinsamen Papiere gab.

(Abgeordneter Schleußer [SPD]: Wissen Sie, was ein Desaster ist? Das ist die Oppositionspolitik!)

Meine Damen und Herren, außer Propaganda ist das alles überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU)

In Sachen Mittelstandsförderung erkennt Herr Einert mittlerweile, daß in diesem Bereich eine Lücke existiert. - Herr Einert, es ist zu spät, wenn Sie heute mit der Aufarbeitung anfangen; in den letzten zehn Jahren sind die Arbeitsplätze im Mittelstand gegründet worden, allerdings nicht bei den Dinosauriern der Wirtschaft, auf die Sie als SPD ja permanent gesetzt haben. Dies war die falsche Politik, die dazu geführt hat, daß es bei uns heute die meisten Arbeitslosen in Deutschland gibt. (D)

Das Kapitel "Bildung und Wissenschaft": ein ganz trauriges Kapitel dieser Landesregierung. Nach 25 Jahren Gesamtschulen schreiben Ihnen jetzt etwas mutige Lehrer - meist die, die in Pension gehen - ins Stammbuch, daß es eine augenfällige Verwilderung in diesem Bereich gebe, daß es soziale und auch emotionale Verwahrlosung genauso wie zunehmende Brutalisierung und Erziehungsnotstände gebe. - Meine Damen und Herren, wenn Sie in Zeiten knapper Kassen versuchen, ein viertes System flächendeckend in Nordrhein-Westfalen zu etablieren, so ist es der falsche Weg, der nur aufgrund Ihrer ideologischen Scheuklappen gegangen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Kollegschulversuch ist ewig ausgelaufen. Immer noch liegt uns kein Konzept vor. Wir werden das Thema auf unseren Antrag hin jetzt wieder diskutieren. Es kann nicht sein, daß Sie ideologische Lieblingskinder weiter finanzieren, aber zum Beispiel für die Familien-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) erholung die Gelder in den letzten Jahren auf die Hälfte zusammengestrichen haben. Das nenne ich sozial - dieses Etikett tragen Sie ja gerne vor sich her - in Anführungszeichen.

Auch in diesem Wahlkampfblatt können Sie lesen, daß die Bildung in Nordrhein-Westfalen in guten Händen sei und Sie auch da die Nummer 1 werden wollten.
- Bildung in Nordrhein-Westfalen, das ist nicht die Stärke der SPD, das ist das Versagen der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gibt wohlfeile und probate Mittel. Es wird hier die Gutachteritis ausgepackt, die Kommissionitis grassiert in diesem Lande, die Zukunftsentscheidungen jedoch werden auf die lange Bank geschoben, indem man eben alles in Kommissionen vertagt.

Gute Ideen wie zum Beispiel eine freiwillige Sicherheitswacht werden von Ihnen abgelehnt, weil sie den Druck der GdP bringt. Wir sind da ganz, ganz ruhig, meine Damen und Herren von der SPD. Sie werden zu diesem Konzept kommen, weil sich nämlich die Explosion der Kriminalitätsdaten so fortsetzen wird wie jetzt und Sie nachher gar nicht mehr anders können, als dieses Rezept zu Ihrem eigenen zu erklären, so wie Sie es in den letzten Jahren auch in vielen anderen Bereichen getan haben.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Von dem Ministerpräsidenten hört man natürlich in Sachen Landespolitik eigentlich gar nichts. Können Sie sich eigentlich erinnern, wann er hier überhaupt einmal zu wesentlichen Problemen des Landes Stellung genommen hat?

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Er tingelt durch die Gegend!)

Ich erinnere mich nur, daß er hier Regierungserklärungen abgelesen hat. Das ist das einzige, was ich von Herrn Rau in dieser Legislaturperiode im Plenum wahrgenommen habe. Draußen hören Sie ihn allerdings reichlich: bei jedem Geburtstag, bei jeder Feier, bei jedem Jubiläum, bei jeder Talk-Show - immer ist Johannes Rau dabei!

Sprichwörtlich wird so eine Tu-nichts-Regierung in diesem Lande etabliert. Und selbst Herr Farthmann predigt ins Leere. Er verlangt seit zwei Jahren eine Kabinettsumbildung, weil er genau weiß, daß mit vielen dieser Damen und Herren eine moderne, ideenreiche

Politik für dieses Land nicht zu machen ist. Das sieht Herr Farthmann ganz klar. Aber der Ministerpräsident dieses Landes hat eben das Zaudern, das Zagen, das Zerreden zu einem Etikett seiner Regierung gemacht. Wir werden erleben, daß er vielleicht Ende des Jahres erklärt, mit wem er denn nun in den Wahlkampf ziehen wird. Meine Damen und Herren aus der Regierung, fragen Sie doch einmal die Leute in Ihrer eigenen Fraktion: Diese sehen das ganz genau so, sehen, daß keine Impulse mehr kommen und diese Regierung im Lande dringend abgelöst werden muß.

(C)

Zukunft gewinnen kann man mit Sicherheit nicht, wenn man sich mit GRÜNEN liiert. Zukunft gewinnen kann man auch nicht, wenn man sich von einer PDS tolerieren läßt.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: Wer läßt sich von einer PDS tolerieren?)

- Von einer PDS tolerieren läßt! - Ich bitte Sie als Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen klarzumachen, daß Sie mit den Schröders, den Lafontaines oder auch Frau Hildebrandt überhaupt nichts im Sinn haben, die nämlich erklären, daß die PDS eine demokratische Partei sei und man mit ihr durchaus zusammenarbeiten könne. - Nein, meine Damen und Herren, da halte ich es mehr mit Herrn Rappe, Herrn Farthmann, mit Frau Renger, mit Herrn Wischniewski, die davor warnen, weil die Interessen der PDS von einer Tolerierung über die Koalition zur Fusion gelagert sind. Ich meine, daß Sie dem ein klares Nein entgegensetzen sollten.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Bezeichnend für mich ist, daß Herr Höppner erklärt, von Herrn Scharping schließlich zu dieser Koalition in Sachsen-Anhalt gezwungen worden zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Ich würde gerne einmal von Herrn Clement hören, was ihm als Chefberater von Herrn Scharping eigentlich eingefallen ist, ihm in der Nacht nach der Wahl in Sachsen-Anhalt diesen Floh ins Ohr zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie sollten diese Klarstellung hier vornehmen, und zwar auch im Interesse der Historie der Sozialdemokratie und im Interesse der Prinzipien, die diese große Partei immer geleitet haben, aber auch im Andenken an Kurt

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Schumacher, der die SED als "rotlackierte Nazis" bezeichnet hat.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Minister Schleußer [SPD]: Können Sie sagen, was dies mit dem Nachtragshaushalt zu tun hat?)

- Ich glaube, es ist wichtig, Herr Schleußer, daß Sie sich an dieser Frage nicht vorbeistehlen. Die dritte Lesung gibt Anlaß dazu, hier darauf aufmerksam zu machen, daß sich offensichtlich ein roter Faden von der Wahlkampfhilfe zieht, die die SED für den Bundeskanzlerkandidaten Rau geleistet hat, die dankenswerterweise von der "FAZ" eindeutig dokumentiert wurde - Sie sollten das noch einmal durchlesen -

(Beifall bei der CDU)

von der angestrebten Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle der DDR-Verbrechen in Salzgitter, wofür diese Sozialdemokratie hier vehement eingetreten ist,

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

über das Schweigen von Herrn Rau und das Nicht-Ablehnen von PDS-Stimmen bei der Bundespräsidentin Wahl bis zum Schweigen des Herrn Rau zu den Vorfällen in Sachsen-Anhalt.

- (B) Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wer zu diesen Vorfällen schweigt, macht sich mitschuldig.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei und Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich darf Sie daran erinnern - Sie haben das nicht miterlebt -, wie Herr Ministerpräsident Rau vor zwei Jahren bei der jüdischen Kultusgemeinde hier in Düsseldorf Herrn Kürten mit allem Nachdruck darauf angesprochen hat, daß es doch wohl unmöglich sei, in Düsseldorf einen Oberstadtdirektor mit den Stimmen der CDU und der Reps zu wählen. Ich habe viel Verständnis für diese Ermahnung gehabt. Sie wissen auch, wie die CDU reagiert hat. Es hat so etwas bei der CDU nicht gegeben.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: In Sachsen-Anhalt auch nicht!)

Es hat eine ganz klare Distanzierung gegeben. In Gummersbach ist von der CDU ein Gewählter zurückgetreten, weil er Stimmen der Reps bekommen hat. Meine Damen und Herren, daß gleiche verlange ich umgekehrt jetzt auch von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, daß aus Machtgeilheit ehrenwerte Prinzipien und die Gemeinsamkeit der Demokraten verlassen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wer das tut, verspielt das Vertrauen der Menschen und wird die Quittung nicht nur am 16. Oktober bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Trinius das Wort.

Abgeordneter Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Debatte steht in der dritten Lesung der Nachtragshaushalt Nordrhein-Westfalens. Dazu habe ich von Herrn Linssen nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es um unser Land und um die Menschen in unserem Land und deren Sorgen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Hardt [CDU]: Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Ich kann nur noch einmal sagen - -

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Trinius, ich darf einmal einen Augenblick unterbrechen: Ich möchte dem Parlament noch mitteilen, daß der Ministerpräsident heute morgen entschuldigt ist, weil er an der Beerdigung eines Freundes teilnimmt. Ich sage dies bloß, weil eben eine entsprechende Frage gestellt wurde.

(Zuruf von der CDU: Was? - Abgeordneter Reul [CDU]: Der ist doch in München! - Abgeordneter Hardt [CDU]: In München bei einer Beerdigung)

(Präsidentin Friebe)

(A) gung? Er hat sich bei uns mit dem Geburtstag von Herrn Hiersemann entschuldigt!)

- Nein, in Wuppertal.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Sind Sie sicher?)

- Ja.

(Abgeordneter Linssen [CDU]: Ich bitte, das zu klären, Frau Präsidentin!)

Abgeordneter Trinius (SPD): Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, nicht auf diesem Niveau zu argumentieren, sondern die Mitteilung der Präsidentin zur Kenntnis zu nehmen.

(Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

Ich kann Ihnen nur mitteilen - Sie wollen das ja nicht zur Kenntnis nehmen -, daß in Sachen Konsolidierung das Land Nordrhein-Westfalen den Platz Nummer eins einnimmt. Sie nehmen nicht einmal zur Kenntnis, was das Rheinisch-Westfälische Institut auf Bitten der CDU-Landtagsfraktion in Hannover festgestellt hat. Nehmen Sie es doch endlich zur Kenntnis, denn es ist nicht unsere Behauptung, sondern eine Behauptung von einem unabhängigen Institut.

(B) (Beifall bei der SPD)

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz, Herr Kollege: Nach wie vor geht jede vierte D-Mark aus dem Haushalt Nordrhein-Westfalens in die Gemeindekassen und kommt den Gemeinden durch Zuschüsse aller Art dort zugute.

(Zuruf des Abgeordneten Linssen [CDU])

Wir haben einen Verbundsatz von 23 %. Damit liegt Nordrhein-Westfalen zusammen mit Baden-Württemberg an der Spitze bei den Flächenländern. Als 1966 die CDU mit der Regierungstätigkeit aufhören mußte, lag der Verbundsatz bei 22 %. Ein Prozent macht 500 Millionen DM für die Gemeinden aus. Hätte man die CDU-Politik fortgesetzt, dann hätten wir heute 14 Milliarden DM weniger für die Gemeinden in diesen 28 Jahren ausgegeben. Hören Sie auf mit dieser lächerlichen Rechnung von 9 Milliarden DM.

(Beifall bei der SPD)

(C) Andernfalls werde ich Ihnen mit gleichem Recht in jeder Versammlung zurückgeben: Mit der CDU-Regierung hätten die Gemeinden 14 Milliarden DM weniger gehabt. Sie haben durch die SPD 14 Milliarden DM mehr erhalten.

(Beifall bei der SPD - Ach-Zuruf von der CDU)

Dies geschah unter Mitwirkung der F.D.P.

Ich kann mich noch erinnern, daß zum erstenmal im Land Nordrhein-Westfalen 1970 ein Gemeindefinanzierungsgesetz von der Opposition nicht mitgetragen wurde. Sie halten seit 24 Jahren an dieser Aufkündigung der Solidarität des Landes mit den Kommunen fest. Das ist eine schlimme Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Im Zentrum der Beratungen, Herr Kollege Linssen - das hat Ihnen anscheinend Herr Schauerte nicht mitgeteilt -, standen ganz andere Themen. Herr Schauerte schlug vor, die allgemeine Rücklage aufzulösen, die rund 1,2 Milliarden DM beträgt, und dafür die Nettokreditermächtigung abzusenken. Die Argumente dafür lauteten, langfristig geliehenes Geld sei zu teuer, kurzfristig geliehenes Geld sei billiger. Das ist aber erst in den letzten Wochen so gewesen. Es zeichnet sich überhaupt nicht ab, daß dies ein langfristiger Trend ist.

(D) Wir halten an dieser Maßnahme, wie sie die Landesregierung vorgesehen hat, fest und folgen diesen trügerischen Vorgaben der Opposition in gar keinem Fall.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Mittelpunkt standen im Wirtschaftsausschuß dann andere Fragen, und darum geht es nämlich wirklich. Was machen wir eigentlich mit den Menschen bei Krupp und Hoesch und in anderen Betrieben, auch im ländlichen Raum? Was machen wir eigentlich mit denen? Ihr Kernargument war: Wir wollen Hoesch und Krupp nicht fördern. Und unser Argument war: Wir wollen für diejenigen, die - auch bei der Stahlindustrie - arbeitslos geworden sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, im Rahmen der EG-Mittel etwas tun. Und das ist eine gute Sache. Ich empfehle Ihnen, den letzten Bericht - -

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum denn nur für die Stahlindustrie?)

- Doch nicht nur für die Stahlindustrie, sondern in den Zielen 2 b) und 5 geht es um den ländlichen Raum und

(Trinius [SPD])

- (A) um die Gebiete, die von der Umstrukturierung alter Industrien betroffen sind.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Dann können Sie ja unserem Antrag zustimmen!)

- Sie greifen ja genau in die Programme ein, die von der Europäischen Gemeinschaft auf bestimmte Ziele festgelegt worden sind.

Uns kommt es darauf an, daß wir jetzt und auch in Zukunft für diejenigen etwas tun können - egal in welcher Branche und egal in welcher Region -, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Also stimmen Sie unserem Antrag zu?)

Und dann geht es um die Sonderrücklage des Landes. Das ist eine ganz besonders intelligente Konstruktion.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Wir trennen uns von Beteiligungen des Landes, die einmal strukturelle Bedeutung hatten. Aber wir stoppen damit nicht allgemeine Haushaltslöcher, ...

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Da lachen wir doch!)

(B)

... sondern wir treffen Vorsorge, indem wir die Erlöse in eine Sonderrücklage einstellen, damit wir - in welcher Branche auch immer, in welcher Region auch immer - vorsorgend für die Arbeitnehmer und ihre Familien etwas tun können. Das ist der Sinn dieser Sonderrücklage. Wir können dann genau nachweisen, was eingeflossen ist und was wir ausgegeben haben. Das Parlament ist in jedem Falle beteiligt; denn eine Entnahme aus der Rücklage ist nur möglich mit Bewilligung des Parlamentes. Das ist Vorsorge.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das ist doch nur dazu da, damit die Schulden jedes Jahr ein bißchen heruntergehen!)

Und nun eine letzte Bemerkung. Verraten Sie mir doch bitte mal, was Magdeburg mit Düsseldorf zu tun hat.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Viel, ganz viel! - Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU] - Gegenruf des Abgeordneten Mernizka [SPD]: Hören Sie doch mal zu! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wie kommen Sie zu dieser fürchterlichen Behauptung? (C)

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Aber Herr Kollege, ich will Ihnen gerne noch etwas dazu sagen. Wie kommen Sie eigentlich zu dieser merkwürdigen Verdächtigung, die PDS habe den Reinhard Höppner gewählt? Das hat sie nicht getan.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Aber den Rau hat sie gewählt!)

Und der Reinhard Höppner hat gestern in seiner Regierungserklärung gesagt, er sei offen für die Zusammenarbeit auch mit der CDU.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Lesen Sie es doch nach, Sie können es heute in den Zeitungen lesen.

Sorgen machen mir, Herr Kollege Linssen, ganz andere Dinge. Wie ist es eigentlich dazu gekommen, daß so viele Bürger sich mit einem Male von den demokratischen Parteien abwenden und PDS wählen?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Was muß in einem Land passiert sein, daß für eine ganze Reihe von Menschen in ihrer Verzweiflung mit einem Male die PDS offensichtlich wählbar wird? (D)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das war schon in Berlin so! - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Die werden jeden Tag stärker!)

Das ist eine Frage an alle demokratischen Parteien, und es kann nur darum gehen: Wie gewinnen wir diese Menschen für uns zurück? Allein das ist die Frage.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reul [CDU]: Hätten wir das bei den Republikanern auch so machen sollen? - anhaltende Unruhe)

Diese Frage ist um so wichtiger, weil sich doch jeder auch fragen muß: Wie gehen eigentlich - -

Präsidentin Friebe: Einen kleinen Moment bitte, Herr Kollege. Meine Damen und Herren, Sie haben ja noch die Möglichkeit, hier zu reden. Aber wenn Sie Fragen stellen, sollten Sie auch zuhören, wenn Antworten kom-

(Präsidentin Friebe)

(A) men, damit das auch alle hören können. Ich bitte wirklich um Aufmerksamkeit.

Abgeordneter Trinius (SPD): Ich will Ihnen eines sagen: Ich habe eine ganze Reihe von Angehörigen, die heute noch in der ehemaligen DDR leben, die mit Betroffenheit diesen Stimmungsumschwung festgestellt haben, zum Beispiel in Leuna. Meine Mutter sagte mir etwa drei Wochen vor der Europawahl: Die Stimmung schlägt um. Und ich stelle eine ganz, ganz andere - -

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Da hat es ja angefangen! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Hören Sie doch mal zu! Überhaupt kein Respekt!)

Hören Sie doch mal in Ruhe zu. Es stellen sich nämlich eine Reihe von Fragen an uns alle.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Fragen Sie doch mal Herrn Farthmann, was der davon hält! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Herr Reul, Sie sind wie in der Schule, Sie reden immer dazwischen! - Abgeordneter Aigner [SPD]: Schlimmer!)

(B) Ich habe hier in meinem letzten Beitrag in der Haushaltsdebatte schon darauf hingewiesen: Wie gehen wir eigentlich mit denen um, deren Widerstand und deren Aufrichtigkeit wir es verdanken, daß es überhaupt zur Wiedervereinigung gekommen ist?

(Beifall bei der SPD)

Das sind einige Arbeitnehmer in Betrieben gewesen, die das Betriebsverfassungsrecht angewandt haben, als es überhaupt noch nicht Recht in den später dann wiedererstandenen Ländern war. Das sind Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung, der Umweltbewegung und der Friedensbewegung gewesen, unter dem Dach der evangelischen Kirche. Denen vor allen Dingen verdanken wir, daß es zu diesem guten Umbruch in der ehemaligen DDR gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir verdanken es den Menschen, die am 9. Oktober in Leipzig, als die Krankenhäuser leergeräumt und mit Blutkonserven aufgefüllt waren, Gefahr laufend, daß auf sie geschossen würde, dennoch zu 30 000 demonstriert haben. Denen verdanken wir es.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Die wählen auch heute nicht PDS!)

(C) Und ich entnehme, Herr Kollege Linssen, Ihrem Umgang mit der heutigen Kritik aus evangelischer und katholischer Kirche an den Folgen der Bonner Sozialpolitik, ...

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Warten Sie doch mal ab, was dabei herauskommt! - weitere Zurufe von der CDU)

... daß Ihnen die Kritik von evangelischer und katholischer Kirche an Systemen, die wir alle verachten, paßt, aber sobald die Kritik sich an die eigene Adresse richtet, beschimpfen Sie die, die Sie kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, vor der wir wirklich stehen, ist die Frage: Wie halten wir es mit dem Sozialstaatsgebot in der Bundesrepublik? Das ist übrigens auch die bedrückende Erfahrung, die die Menschen in den neuen Bundesländern machen: Wie geht man eigentlich sozialpolitisch, im Arbeitsmarkt, bei den Wohnungen, auch in den Eigentumsfragen mit ihnen um? Die haben viel Angst und viel Sorge. Und das treibt sie in die Arme von Rattenfängern. Das sehe ich sehr wohl.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir müssen sie doch zurückgewinnen; das ist die allererste Aufgabe. Mit Beschuldigungen ist da nichts zu machen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber durch Zusammenarbeit!)

Aber zum Sozialstaat will ich Ihnen doch eines ins Gedächtnis rufen. Ich habe selbst das letzte Mal an Karl Arnold erinnert: "Für uns ist der Sozialstaat" - und so erleben es auch Menschen in Sachsen-Anhalt, genauso wie an Rhein und Ruhr - "ein Fundament von Demokratie und Freiheit."

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: So stark wie heute war er noch nie!)

Sie rütteln an den Grundlagen des Sozialstaates.

(Beifall bei der SPD)

Wer das tut, wer an dem Fundament des Sozialstaates rüttelt, der gefährdet auf Dauer Demokratie und Freiheit.

(Beifall bei der SPD)

(Trinius [SPD])

- (A) Die ersten Folgen davon können Sie im Wählerverhalten dieser Menschen sehen. Deswegen sage ich Ihnen: Der Sozialstaat ist keine Luxusausstattung der Demokratie, sondern eines seiner Fundamente, das man pflegen muß.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Wem erzählen Sie das? Das ist doch völlig klar!)

Man darf ihn nicht wie Blüm, Waigel, Rexrodt und andere, wenn es schwierig wird, zusammenrollen wie einen Teppich, um ihn im Pfandhaus zu versetzen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was?)

Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Die Menschen sind gut beraten, wenn sie ihr Vertrauen den Sozialdemokraten schenken. Und ich hoffe, es gelingt uns, allen Menschen, auch in Sachsen-Anhalt, deutlich zu machen, daß sie mit Reinhard Höppner besser bedient sind als mit den Rattenfängern von heute und ihren ehemaligen Begleitern.

- (B) (Lebhafter Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reul [CDU]: Wen meinen Sie denn mit den Rattenfängern? - Weitere Zurufe von der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rohde das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Trinius, mir war nicht ganz klar, ob Sie jetzt begonnen haben, die Bürger als Ratten zu beschimpfen, wenn Sie hier von "Rattenfängern" sprechen - eine etwas merkwürdige Einlassung.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ach, Sie waren schon mal besser! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich frage ja nur, wie es gemeint ist. Er hat ja nachher die Gelegenheit, das wieder richtigzustellen. - Aber ich will Ihnen entgegenhalten, was der Finanzminister, von Ihrer Partei gestellt, vorgestern gesagt hat: Vielleicht können wir wieder vernünftig miteinander umgehen, wenn dieser Wahltermin vorbei ist. Man fragt sich nur:

(C) Warum macht man es nicht vorher? Warum wartet man erst auf den Wahltermin?

Deswegen: Wenn Herr Schleußer - offenbar ist ja Ihr Lieblingsgegner Günter Rexrodt - sagt, er habe erneut erklärt oder gefordert, Steuersenkungen durch weitere Schulden zu finanzieren, so stimmt das einfach nicht. Ich habe die Rede extra nachgelesen, weil man ja zunächst denkt, der Finanzminister sagt die Wahrheit; es findet sich kein einziges Wort davon wieder. So fragt man sich natürlich nach den Gründen solcher merkwürdigen Reaktionen. Sie haben als SPD-Fraktion genauso wie wir vor einigen Tagen von der Ruhr-Universität Bochum dieses Büchlein "Grundlagen und Mechanismen der allergischen Reaktion" zugeschickt bekommen. Da ist mir deutlich geworden, was den Finanzminister bewegt hat. Ich will zitieren, auf ihn zutreffend:

Eine allergische Reaktion vom Sofort-Typ sei klassischerweise das Auftreten von Rötungen und Schwellungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre, glaube ich, sinnvoll gewesen, der Finanzminister - und Sie, Herr Trinius, auch - hätte dann doch das zitiert, was in der Debatte zum Bundeshaushalt zu Recht vorgetragen worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(D) - Das ist ein medizinischer Ausdruck. - Ich will Ihnen das noch einmal vorhalten: Rezession überwunden. Warum verschweigen Sie das? Wenn man sich heute die Feststellungen des Statistischen Bundesamtes ansieht, so können Sie da weiter nachlesen: Aufschwung kommt voran; Brutto sozialproduktzuwachs 2 ¾ %; in den neuen Ländern hat sich der Aufholprozeß beschleunigt.

Es wäre auch an der Zeit, daß die Sozialdemokratie endlich einmal anfängt, die erfolgreiche Politik der Bundesregierung zu loben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Denn sonst müssen Sie sich doch vorhalten lassen, was zu Recht über das Verständnis der Sozialdemokratie von Marktwirtschaft gesagt worden ist. Das gilt in ganz besonderer Weise für dieses Land; wir werden das ja nachher sehen, was Sie zu unserem Antrag sagen, Subventionen abzubauen. Verständnis der Sozialdemokraten von Marktwirtschaft: Subventionierte Kohleförderung, damit subventionierten Stahl produzieren, diesen mit der subventionierten Bundesbahn zu den subventionier-

(Dr. Rohde [F.D.P.]

- A) ten Werften fahren, um damit wieder Schiffe zu bauen, die auf dem Weltmarkt keiner haben will. Mit dieser Position ist jedenfalls ein Strukturwandel weder in Nordrhein-Westfalen noch in der Bundesrepublik zu schaffen.

(Beifall bei der F.D.P. - Minister Matthiesen:
Was sagen Sie zur Landwirtschaft?)

Wenn ich dann gestern den Finanzminister im Bundesrat sehe, der mit der SPD-Mehrheit die Aufforderung an die Bundesregierung richtet, Alternativrechnungen zur Finanzplanung vorzulegen, dann reagiert der Bundeswirtschaftsminister sehr schnell, indem er sagt: Ihr Sozialdemokraten, die ihr uns in Bonn vorwerft, wir würden für den Subventionsabbau nicht genügend tun, macht dem Bundeswirtschaftsminister doch einmal Vorschläge, zum Beispiel zu anderen Regelungen für die Kokskohle zu kommen.

Dann müssen Sie schon entscheiden, ob Sie sagen, Sie wollen Ihre Position in Nordrhein-Westfalen für Kohle aufrechterhalten, oder ob Sie der Bundesregierung vorwerfen, sie tue nicht genug für den Subventionsabbau. Beides zusammen geht nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

- B) Jetzt führen Sie, auch Herr Wirtschaftsminister, dieses etwas merkwürdige Spiel mit der Angst der Bergleute und ihrer Familien auf. Ich halte es für eine absolut billige Wahlkampfmasche. Ich glaube nur nicht, daß es zugunsten von Nordrhein-Westfalen ausschlägt, wenn Sie jetzt versuchen, künstlich einen Streit über die Finanzierung der Kokskohle zwischen der Bundesregierung und Ihnen herbeizuführen. Wir haben Ihnen das damals vorgeschlagen, aber Sie wollten ja nicht hören;

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: So ist es!)

ich trage noch einmal aus dem Antrag vor:

Um die Finanzierung der Kokskohlenbeihilfe von den Schwankungen der Haushaltseinnahmen und -ausgaben des Bundes unabhängig zu machen, hohe Belastungen des Landeshaushalts aus der Modifizierung der bisherigen Finanzierungsregelungen zu vermeiden, erscheint die Einführung einer Energiesteuer zweckmäßig, aus deren Aufkommen auch die Kokskohlenbeihilfen des Hüttenvertrages dauerhaft finanziert werden können.

(Minister Clement: Das müssen Sie der Bundesregierung sagen!)

Wir haben das gesagt, damit wir den Versuch machen, das zu tun, und Sie hätten mindestens 800 Millionen DM zusätzlich eingenommen, wenn Sie sich darauf eingelassen hätten. Sie haben nichts dazu getan. Sie haben einfach abgelehnt.

(Minister Clement: Die Energiesteuer ist von der Bundesregierung abgelehnt worden!)

Es ist Ihnen bequemer, auf der bisherigen Rechtslage herumzuargumentieren, um Munition für den Wahlkampf zu finden, als hier auf vernünftige Wege einzugehen, Subventionen im gemeinsamen Interesse abzubauen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will jetzt auf den Haushalt kommen. Der Finanzminister hat weiter gesagt - in Bonn ist ja immer alles Chaos, in Nordrhein-Westfalen ist immer alles in Ordnung -: "Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich die Bonner Finanzpolitik für eine Katastrophe für diese Republik und für ein Übel für unser Land und für unsere Gemeinden halte."

Das hört sich gut an! Da kann ich Ihnen nur zurückgeben: Die Düsseldorfer Haushaltspolitik ist eine Katastrophe für die Republik und ein Übel für unser Land und unsere Gemeinden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich will das begründen. Ich habe eben Herrn Trinius gehört, der irgendwelche Gutachten zitiert: "Nordrhein-Westfalen erfolgreiches Land beim Defizitabbau, striktester Konsolidierungskurs!" Da muß man sich doch einmal die Zahlen ansehen. Die Verschuldungssteigerung im Vergleich Bonn/Nordrhein-Westfalen: Von 1981 bis 1989 - das sind ja immer die Zahlen, deren Sie sich rühmen -: Beim Bund eine Steigerung um 91 %, beim Land Nordrhein-Westfalen 123 %. In unserem Land liegen die Steigerungsraten der Verschuldung um mehr als 30 % über denen des Bundes. Da frage ich mich: Wer hat denn eigentlich besser gewirtschaftet?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Welche Finanzpolitik sieht eigentlich besser aus? Da braucht die Finanzpolitik des Bundes keinen Vergleich zu scheuen.

(Lachen bei der SPD)

(C)

(D)

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- (A) Sodann will ich Ihnen vorhalten: Es ist sehr merkwürdig, daß Sie die Wiedervereinigung, das größte Ereignis in der Geschichte der letzten 50 Jahre, offenbar nie bezogen auf die Kosten und den Nutzen für sich realisiert haben. Deswegen noch einmal die Zahlen von 1981 bis 1993 für Bonn mit der Wiedervereinigung, mit dem größeren Deutschland, und für Nordrhein-Westfalen, das in dieser Zeit um keinen Quadratkilometer größer geworden ist, das auch nicht mit den Folgen des Sozialismus fertigwerden mußte, sondern nur mit den Folgen von 15 Jahren sozialdemokratischer Alleinherrschaft. Ich will die beiden Dinge nicht in Vergleich bringen.

(Zurufe von der SPD - Minister Einert: Das war eine miese Tour!)

Aber in Bonn von 1981 bis 1993 Steigerung um 161,2 % - mit Wiedervereinigung, mit der Beseitigung der Altlasten des SED-Regimes - und in Nordrhein-Westfalen - nur 15 Jahre Alleinherrschaft der SPD - Steigerung um 158,5 %. Das ist kaum ein Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Kosten der deutschen Einheit müssen Sie sich also entgegenhalten lassen.

Ich möchte dem Finanzminister zum Defizitabbau - "Defizitabbau" steht da - zitieren:

- (B) NRW erfolgreichstes Land beim Defizitabbau.

So steht es darin. Können Sie mir sagen, was die Verdreifachung von Schulden mit Defizitabbau zu tun hat?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das können Sie weder einem Bürger klarmachen noch offenbar sich selbst. Das kann doch nicht sein, daß da steht: "NRW erfolgreichstes Land beim Defizitabbau.", wenn wir es mit einer dreifachen Schuldenerhöhung zu tun haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hardt [CDU])

- Richtig. Da muß man in der Schule schon eine besondere Form von Mengenlehre zu sich genommen haben, um diese Position vertreten zu können.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Dr. Rohde, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schleußer?

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Ich habe zu wenig (C) Zeit, um hier Zwischenfragen zuzulassen.

(Lachen bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie rühmen sich auch immer, Sie hätten als Flächenland die beste Position. Kreditfinanzierungsquote 1994: Nordrhein-Westfalen - das erfolgreichste Flächenland -: 8,8 %, Baden-Württemberg - Mengenlehre! -: 3,9 %, - 3,9 % liegt meines Erachtens unter der Hälfte von 8,8 -, Bayern - Bayern hat auch noch nicht die neue Mengenlehre eingeführt; wahrscheinlich hängt das damit zusammen -: 3,6 % im Verhältnis zu den 8,8 % bei uns, unter denen selbst Hessen liegt.

Herr Finanzminister, ich glaube, daß das mit Konsolidierung nichts zu tun hat. Sie sind als Schatzmeister in Nordrhein-Westfalen schlicht und einfach vom Kurs abgekommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Sie haben weiter gesagt - das fand ich sehr sympathisch; ich muß Ihnen wirklich einmal ein Kompliment machen, Herr Finanzminister; Sie sind ein wirklich ehrlicher Mensch;

(Minister Schleußer begibt sich von einem Abgeordnetenplatz zur Regierungsbank.) (D)

deswegen kommen Sie jetzt auch hier herüber, Transversale Diagonale -

(Heiterkeit)

- Zitat Schleußer -:

Es wäre vermessen zu behaupten, wir in Nordrhein-Westfalen hätten den Strukturwandel in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft schon geschafft.

Ich fand, daß das ein besonderer Punkt von Ehrlichkeit war, daß Sie das eingestanden haben. Aber ich muß Ihnen auf der anderen Seite sagen: Es hat noch nie einen einzigen Bürger in Nordrhein-Westfalen gegeben, der die Behauptung aufgestellt hat, wir hätten den Strukturwandel geschafft, Herr Finanzminister.

Ich fand auch gut, was Sie in Ihrer Rede zum Strukturwandel mit modernen Technologien gesagt haben und was von einigen Zeitungen zu Recht auch in besonderer Weise herausgestellt worden ist:

(Dr. Rohde [F.D.P.])

- A) Vor allem die mittelständischen Unternehmen will die Landesregierung für einen Modernisierungspakt gewinnen. Er soll nach der Bundestags- und Kommunalwahl zustande kommen.

Ich frage mich immer: Warum macht er das nicht früher, warum wartet er immer erst die Wahlen ab?

Die mittelständische Wirtschaft soll als Motor des Strukturwandels Wachstum und Arbeitsplätze bringen.

Das ist ja prima, daß Sie einen Mittelstandspakt machen, daß Sie selber auf einmal auf kleine und mittlere Unternehmen setzen. Herr Finanzminister, Sie werden aber zugeben, daß eine gewisse Widersprüchlichkeit nicht zu leugnen ist, weil sie in den letzten Jahren ständig - zuletzt noch im Haushalt 1994 - die Mittel für den Mittelstand gekürzt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Einert noch: In seinem Haushalt gingen die Investitionen gegenüber 1993 um 330 Millionen DM zurück, die Zuschüsse und Zuweisungen um 233 Millionen DM - doch alles zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

- B) Wir haben weiter - das geht auch zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen - mit der Privilegierung des Montankomplexes zu rechnen. Darüber reden wir gleich noch. Es geht immer weiter mit dieser Zweiklassen-Politik zu Lasten von Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben jeden Tag neue Reglementierungen für den Mittelstand zu verzeichnen. Die Straßenbaumittel sind vor ein paar Tagen gekürzt worden - VOB abschaffen und immer neue Gesetze und Erlasse herausgeben.

Deswegen, Herr Finanzminister, ist es vielleicht wichtig, Ihnen entgegenzuhalten oder sich damit auseinanderzusetzen, wie denn die Position kleiner und mittlerer sowie selbständiger Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, im Bundesdurchschnitt und in anderen Bundesländern ist. 49,3 % beträgt der Anteil der mittelständischen Unternehmen am Gesamtumsatz der Unternehmen. In Nordrhein-Westfalen liegt er mit 46,2 % darunter.

Das macht deutlich, daß Ihre Politik natürlich in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, daß die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Chancen nicht so wahrnehmen konnten, wie das notwendig und möglich gewesen wäre, wenn man andere Rahmenbedingungen ge-

setzt hätte. Deswegen stellen wir den Antrag: Keine Subventionen an die prosperierende Stahlindustrie. (C)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Trinius [SPD]: Was machen Sie mit den Arbeitnehmern?)

- Da haben Sie, Herr Trinius, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, jetzt die Möglichkeit, das wahrzumachen, was der Finanzminister angekündigt hat: einen Modernisierungspakt für kleine und mittlere Unternehmen. Es ist auch die einzige Möglichkeit, ohne Widersprüche über die Runden zu kommen. Wenn Sie bei Ihren alten Ansätzen bleiben, sind die Äußerungen des Finanzministers für die Landesregierung - "Wir tun etwas für kleine und mittlere Unternehmen" - doch nicht mehr glaubwürdig. Denn das, was Sie hier vorschlagen, sind nur Privilegierungen für den Montankomplex.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist die Privilegierung für Stahl und Eisen. Es ist die Privilegierung für die Ruhr. Es ist die Privilegierung für Stahlarbeiter zu Lasten von Arbeitern und Angestellten in anderen Regionen, anderen Branchen und Arbeitnehmern in anderen Betriebsgrößen. Es ist nur eine Politik der Privilegierung für eine bestimmte Gruppe

(Beifall bei der F.D.P. - Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU]) (D)

von Angestellten und Arbeitern. Das, was Sie machen, ist Zwei-Klassen-Arbeitnehmerpolitik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das hat mit Gleichheit und Strukturwandel nichts zu tun.

Herr Trinius, Sie haben eben vom Sozialstaat gesprochen. Sie haben ihn beschworen. Ein Sozialstaat beruht auf der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer und Angestellten, nicht auf der Privilegierung.

(Beifall bei F.D.P.)

Deswegen müssen Sie sich doch von den Vertretern der kleinen und mittleren Unternehmen bei den Handwerkskammern und bei den Industrie- und Handelskammern entgegenhalten lassen, daß es grundsätzlich nicht Aufgabe der Landesregierung sein kann, Strukturprobleme einzelner Unternehmen durch öffentliche Mittel zu lö-

(Dr. Rohde [F.D.P.]

- (A) sen, zumal die Landesregierung die betroffenen Arbeitnehmer bzw. deren Unternehmen bei Personalfreisetzung in ähnlicher Größenordnung, die es in den letzten Jahren in allen Branchen gegeben hat, bisher weder durch direkte noch indirekte Subventionen unterstützt hat. Deswegen sagen wir Ihnen: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen: Die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen kann nur mit einer Politik der Gleichheit für alle Regionen, alle Branchen, alle Unternehmensgrößen, alle Unternehmen, auch für alle Arbeitnehmer, ob Arbeiter oder Angestellte, gelingen. Deswegen stellen auch wir als Liberale diesen Antrag - in diesem Bereich doch die eigentliche Gerechtigkeitspartei des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Lachen der Minister Einert und Schleußer und des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Ja, Herr Schleußer.

(Minister Einert: Da zieht es einem die Schuhe aus!)

- Ja, Herr Einert, das mag Ihnen die Schuhe ausziehen.

(Minister Matthiesen: Nicht nur die Schuhe, auch die Socken!)

(B)

- Auch die Socken.

Präsidentin Friebe: Sie müssen zum Schluß kommen, Herr Dr. Rohde. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Ich sage Ihnen -

(Minister Einert: Die F.D.P. eine Gerechtigkeitspartei, eine Karnevalsveranstaltung!)

- Es mag sein, daß Sie scherzen, Herr Wirtschaftsminister. Der Ernst der Lage ist Ihnen nicht bewußt. - Der Ruf der Gerechtigkeitspartei, den die SPD immer für sich beansprucht hat, steht auf dem Spiel, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen.

(Zustimmung des Abgeordneten Tschöeltsch [F.D.P.]

Nur wir sagen - und nicht Sie -: Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle Arbeitnehmer, ob Angestellte oder

Arbeiter, in allen Regionen! Die Gerechtigkeitspartei sind wir, nicht Sie! (C)

(Lachen des Ministers Einert)

Deswegen: Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Vesper das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß heute ich spreche und nicht Herr Busch hier oben steht, ist einfach dem Umstand geschuldet, daß Herr Busch heute vom Stand des Junggesellentums in den Stand der Ehe übertritt und sich deswegen entschuldigt hat.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das läßt ja hoffen!)

Ich denke, daß wir ihm dazu hoffentlich gratulieren können. Gegen den entschiedenen Protest des Parlamentarischen Geschäftsführers hat er die Hochzeit auf einen Sitzungstag gelegt. Wahrscheinlich war die Hochzeit bereits seit längerem terminiert. (D)

Meine Damen und Herren, was Herr Linssen hier zum Thema Nachtragshaushalt vorgeführt hat, ist eindeutig der Versuch, den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen noch einmal ein bißchen anzuheizen.

(Zuruf der Abgeordneten Scheffler [GRÜNE])

Herr Linssen, die dritte Lesung ist nicht ein Synonym für das, was ich schon immer einmal sagen wollte und wofür ich normalerweise keine Öffentlichkeit bekomme. Das ist nicht der Sinn der dritten Lesung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Der Sinn der dritten Lesung eines Haushalts - man kann darüber streiten, ob das auch der Sinn der dritten Lesung eines ja sehr begrenzten Nachtragshaushalts ist - ist allenfalls eine politische Aussprache, aber über die Probleme des Landes und über Lösungen der Landespolitik.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ja, ja!)

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A) Was das mit dem Thema Sachsen-Anhalt zu tun hat, diese Auskunft sind Sie uns schuldig geblieben.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Zukunftsverweigerung!)

- Herr Linssen, Sie machen es der Landesregierung doch damit viel zu leicht, wenn Sie immer ausweichen, wenn Sie aus dem Lande Nordrhein-Westfalen flüchten und versuchen, über andere Länder und über Ihre Rote-Socken-Kampagne Politik zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Aber das liegt daran, daß Sie hier in Nordrhein-Westfalen eben keine Alternativen anzubieten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe oft den Eindruck, Sie wollten Ihr segensreiches Wirken vielleicht woanders als in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Wenn Sie ehrgeizig sind, sollten Sie sich bald einmal nach einer anderen Beschäftigung umsehen.

Fakt ist doch, daß die CDU-Regierung in Sachsen-Anhalt abgewirtschaftet hatte. Insgesamt hatten beide Regierungsparteien 14 % Verlust gemacht, und ein politischer Neuanfang war nötig. Dem hat sich die CDU verweigert.

(B)

Herr Linssen, ich sage Ihnen ganz eindeutig: Es ist unverantwortlich, wie Sie persönlich und die CDU insgesamt die PDS im Osten mehr und mehr aufbauen. Meinen Sie denn, die 20 % Wählerinnen und Wähler, die die PDS im Moment hat, seien alles eingefleischte Kommunisten? Das ist doch lächerlich! Sie treiben sie doch überhaupt erst in diese Position hinein! Das sind Unzufriedene, das sind Menschen, die unter den "blühenden Landschaften", die Helmut Kohl wider besseres Wissen versprochen hat, heute zu leiden haben, die zu den Verlierern der Einheit gehören. Sie aber versuchen, diese Leute mit der linken Ecke abzuschieben. Das ist einfach die völlig falsche Strategie, damit umzugehen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich sage Ihnen noch eines, wenn Sie Ihre PDS-Kampagne hier vorführen: Die einzigen Parteien in den neuen Bundesländern, die ohne das Vermögen und die Alt-funktionäre der ehemaligen SED oder der Blockparteien

ausgekommen sind, das sind doch BÜNDNIS 90 und die SPD. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Genau aus diesem Grund haben die beiden Parteien es doch so schwer gegenüber den anderen Parteien, weil sie eben nicht über die angestammten Vermögensrücklagen verfügen können.

Meine Damen und Herren! Wir sind natürlich mitten im Bundestagswahlkampf; das haben wir gemerkt. Ich sage Ihnen, Herr Linssen: Ihnen muß das doch peinlich sein, wenn Sie sich die Umfragen ansehen, die wir hier auf den Tisch bekommen haben. Die CDU Nordrhein-Westfalens würde in diesem Land Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl gegenüber der Landtagswahl um mehr als 6 % besser abschneiden. Umgekehrt gesagt: Die CDU Nordrhein-Westfalen hat bei Landtagswahlen ein Minus von 6 %. Das geht doch mit auf Ihre Kappe! Deswegen versuchen Sie immer, aus dem Land Nordrhein-Westfalen abzulenken und in den Bund zu gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Das ist doch der tiefere Grund!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Herr Linssen, 57 % der Menschen wollen im Bund den Wechsel. 57 % der Menschen, (D)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Warten Sie doch einmal ab!)

wahrscheinlich noch einige mehr, halten noch weitere vier Jahre Kohl-Regierung für ein großes Risiko

(Lachen bei der CDU)

für sozial-ökologische Reformen in der Bundesrepublik Deutschland.

Was haben Sie denn in der Wohnungspolitik geschafft? Wir haben immer noch über 1 Million fehlende Wohnungen, gerade für die Kleinverdiener.

Die Arbeitslosigkeit ist trotz der längsten Wachstumsphase in der Bundesrepublik Deutschland

(Zurufe von der CDU)

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) immer weiter gewachsen. Wir haben mittlerweile, wenn man die versteckte Arbeitslosigkeit einrechnet, über 7 Millionen Arbeitslose.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

- Hören Sie einmal, Herr Reul! Sie können hier so laut schreien, wie Sie wollen, und Herr Linssen auch. Dadurch wird doch das, was Sie hier brüllen, nicht richtiger. Bleiben Sie doch einmal einen Moment gelassen!

Sie wollen eine Aus-Zeit für Ökologie im Bund.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Ah!)

Sie wollen weiterhin dem Wachstumswahn frönen, obwohl Sie doch wissen, daß jedes Prozent Wachstum zu immensen Folgekosten führt.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Die Theorie ist aus den 70er Jahren!)

- Ach, Herr Linssen, Sie müssen nicht nur das "Handelsblatt" lesen, sondern auch einmal ökologische Zeitschriften, in denen das steht. Es gibt Berechnungen vom Prognos-Institut, von anderen Instituten, vom UPI-Institut, wonach die Folgekosten für die ökologische Zerstörung bis zu 600 Milliarden DM jährlich betragen.

- (B) Darum treten wir für eine ökologische Steuerreform an, in der das Verursacherprinzip verwirklicht wird: daß diejenigen, die die Umwelt schädigen, auch dafür zu bezahlen haben, und diejenigen, die sich umweltgerecht verhalten, auch entsprechend finanziell belohnt werden.

Ich rate Ihnen also ganz dringend: Hören Sie auf, sich ständig aus dem Land zu flüchten. Sie gewinnen damit keine einzige Wählerstimme mehr.

Ich möchte mich aber jetzt mit dem Nachtragshaushalt auseinandersetzen, der ja heute eigentlich auf der Tagesordnung steht.

Präsidentin Friebe: Herr Dr. Vesper, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rüsenberg?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja, natürlich!)

- Bitte schön, Herr Rüsenberg!

- Abgeordneter Rüsenberg (CDU)*): Herr Dr. Vesper, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede unseren Fraktionsvorsitzenden Dr. Linssen massiv kritisiert, daß er sich überwiegend mit bundespolitischen Themen befaßt. Tun Sie seit acht Minuten etwas anderes? (C)

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Ja. Erstens spreche ich erst seit fünf Minuten.

(Ah-Rufe bei der CDU)

Deswegen kann ich die Frage schon einmal verneinen. Zum anderen muß man ja auf einen groben Klotz - jedenfalls gibt es ein entsprechendes Sprichwort - einen groben Keil setzen. Zumindest muß man ja darauf antworten können, wenn diese verwirrten Thesen hier vorgetragen werden.

Ich komme jetzt zum landespolitischen Teil, nämlich zum Nachtragshaushalt, und da geht es mir um vier Punkte: um die Frage der Rücklagen, um die globalen Minderausgaben, um die Subventionen an die Stahlindustrie und um das REN-Programm für die Förderung der regenerativen Energien.

- Zum ersten: Rücklagenbildung. Meine Damen und Herren, bald jedes Schulkind weiß, daß, wenn ich 120 Milliarden DM Schulden habe und gleichzeitig von Rücklagen spreche, dann irgend etwas nicht stimmen kann. Hier handelt es sich also nicht um echte Rücklagen, sondern um Rücklagen "just for show". (D)

Das Verfahren, in einen überschuldeten Haushalt Rücklagen einzustellen, ist haushaltspolitisch völlig unsinnig. Sie sparen dadurch, Herr Schleußer, keine einzige Mark; im Gegenteil: Für den Steuerzahler wird es eher teurer.

Die sogenannten Rücklagen machen nur Sinn, wenn Sie die Öffentlichkeit über Ihre wahren Absichten täuschen wollen; denn durch dieses Verfahren erscheint die Nettoneuverschuldung im Wahljahr 1995 niedriger, als sie tatsächlich ist. Ich halte diesen Versuch der Täuschung für kein Kavaliärsdelikt; denn nach dem Haushaltsgrundsatzgesetz und nach der Landeshaushaltsordnung ist der Finanzminister zu den Prinzipien der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit verpflichtet.

Leider ist diese Gesetzesbestimmung vor keinem Gericht einklagbar. Wir können daher nur darauf hoffen,

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A) daß die Öffentlichkeit diesen Trick durchschaut und als solchen bewertet.

Zweitens: globale Minderausgabe. Zum wiederholten Male stellen Sie eine unvertretbar hohe globale Minderausgabe in den Haushalt ein. Meine Damen und Herren, das ist die Abgabe der Verantwortung des Haushaltsgesetzgebers an die Exekutive.

Wir liefern sozusagen das vornehmste Recht des Parlamentes an der Garderobe von Herrn Schleußer ab. Er verteilt es nach Gutdünken weiter an seine Ministerkollegen, die dann zu sehn haben, was sie damit tun. Damit wird das Recht des Parlamentes, den Haushalt trennscharf zu bestimmen, im Grunde ad absurdum geführt.

Daß die SPD-Mehrheit diesem Vorschlag mutmaßlich zustimmen wird, macht das Ganze nicht weniger problematisch. Es zeigt im Gegenteil, wie sehr die demokratischen Selbstverständlichkeiten in diesem Hause aufgrund der überlangen Alleinregierung der SPD in Vergessenheit geraten sind. Die SPD-Mehrheit hat offenbar weder Kraft noch Ehrgeiz, die Regierung wirklich zu kontrollieren, und begreift sich nur noch als Aktionseinheit, die das nachvollzieht, was die Regierung vorgibt.

(B) Wir könnte man es sonst interpretieren, wenn die SPD-Fraktion im Landtag an die Regierung eine Generalvollmacht zur freihändigen Kürzung und Streichung von mehr als einer halben Milliarde DM gibt?

Drittens: Die Subventionen an die Stahlindustrie machen gerade in der jetzigen konjunkturpolitischen Situation keinen Sinn. Jeder weiß es: Die Auftragsbücher sind voll. Das Tief ist überwunden. Die Nachfrage zieht an.

Stahlsubventionen sind in einer solchen Situation Zusatzgeschenke an die Stahlkonzerne, die keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen. Deswegen, Herr Trinius, liegen Sie auch völlig falsch mit Ihrer Verteidigungslinie in diesem Punkt. Es geht nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen, es geht um Steuergeschenke an Stahlunternehmen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Richtig!)

Da haben wir in diesem Landeshaushalt erheblich sinnvollere Möglichkeiten und Notwendigkeiten, dieses Geld einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Vierter Punkt: REN-Programm. Da geht es zwar nur um 33 Millionen DM, also im Vergleich zu anderen Subventionen im Grunde um eine Kleinigkeit, die vernachlässigbar wäre. Aber es zeigt, wo Sie die Prioritäten setzen. Es ist im Grunde ein Armutszeugnis, daß für die Förderung der regenerativen Energien, auf die wir unsere Zukunft letztlich bauen, meine Damen und Herren, schon im September kein Geld da sein soll, während die Subventionen in die anderen Bereiche in Milliardenhöhe fließen. Das ist ein umweltpolitischer Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Ich war vor wenigen Tagen bei einer Windkraftanlage in Paderborn und habe gesehen, wieviel Eigeninitiative erforderlich ist, um solche Windkraftanlagen zu bauen, mit wieviel Zwängen gegenüber den Behörden, mit wieviel Schikanen seitens der großen Energieunternehmen diese Menschen zu kämpfen haben. Das müssen Idealisten sein, um eine solche Windkraftanlage überhaupt in diesem bürokratischen Dschungel bauen zu können. Sie unterstützen das noch, indem Sie jetzt sogar die Fördermittel für diese Windkraftanlagen, die bescheiden genug waren, stornieren wollen.

(D) Darum haben wir einen Antrag gestellt, die Mittel für das REN-Programm in diesem Jahr um 33 Millionen DM aufzustocken. Wir haben vorgeschlagen, diese Mittel aus den fast 700 Millionen DM, die auch in diesem Jahr wieder für neue Straßen, also nicht für Straßenreparaturen und Straßenunterhaltung, sondern für zusätzliche und neue Straßen ausgegeben werden, für neue Energietechnologien umzuwidmen.

Nicht einmal zu dieser kleinen Haushaltsumschichtung war die Mehrheit vorgestern bereit. Das halte ich für ein politisches Armutszeugnis. Wir geben Ihnen die Chance, sich heute noch einmal zu besinnen und sich diesem bescheidenen Antrag zu einer Umstrukturierung des Nachtragshaushaltes anzuschließen.

Meine Damen und Herren! Insgesamt ist dieser Nachtragshaushalt kein Beispiel für eine solide Finanzpolitik. Wir werden diesen Nachtragshaushalt daher ablehnen und hoffen darauf, daß spätestens ab Mai 1995 auch die Haushaltspolitik dieses Landes auf solidere Füße gestellt wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Herrn Einert, das Wort erteilen. - Bitte schön.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist schon eine wahre Gespensterdiskussion heute morgen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Da stellt sich die eine Fraktion hin und nimmt für sich in Anspruch, die "Gerechtigkeitspartei" in Nordrhein-Westfalen zu sein. Da kommt man doch wahrlich vor Lachen nicht in den Schlaf. Die Partei der Besserverdienenden, die sonst immer fordert "Leistung muß sich lohnen", beklagt hier, sie würde als Gerechtigkeitspartei hier nicht verstanden. Das kann nur unter Spaß- und Luftnummern abgebuht werden, Herr Rohde. Sonst ist das doch - -. Karneval haben wir noch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das war schon ein doller Schlager, den Sie heute morgen mit der Gerechtigkeitspartei geleistet haben.

- (B) Dann kommt der nächste. Dann kommt ein ideologischer Rundumschlag in 30 Sekunden. Da werden gleich die Bildungspolitik, die Polizei und die Privatpolizei abgearbeitet und noch mehr. Zum Glück ist es so, daß Herr Linssen die unwahrscheinliche Gabe hat, alles dermaßen zu überdrehen, daß es keinen Menschen mehr interessiert, was er an ideologischen Rundumschlägen hier vorführt.

(Beifall bei der SPD)

Hin und wieder muß man sich fragen, in welchem Land manche Leute eigentlich leben, denn mit der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der Realität hat das relativ wenig zu tun.

Ich will auf die einzelnen Platitüden dazu gar nicht eingehen. Es lohnt nicht. Aber einen Satz, den will ich allerdings doch in Richtung von Herrn Dr. Linssen sehr deutlich formulieren: Wenn es irgendeine Figur in diesem Hause gibt, die am wenigsten geeignet ist, über die historische Rolle und Bedeutung der SPD einen Kommentar abzugeben, dann sind Sie es, Herr Dr. Linssen. Das sage ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Ihr moralinsaures Triefauge ist ungehörig, das Sie sich in bezug auf die SPD erlaubt haben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Das ist sonst gar nicht Ihre Art! - Heiterkeit)

- Ja, aber vielleicht verinnerlichen Sie ein bißchen, mit welcher Arroganz Sie sich hierhingestellt und sich ein Urteil angemäßt haben über Sachen, von denen Sie wirklich keine Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht packen Sie sich einmal an Ihre eigene Nase, was Ihre eigene politische Gruppierung angeht. Da können Sie vielleicht zu einigen Punkten kommen, über die es sich mehr lohnt, nachzudenken.

Jetzt zu dem, was eigentlich im Mittelpunkt der heutigen Diskussion stehen sollte und durchaus auch Anlaß zu einem politischen Streit Rechtfertigung gibt. Das ist die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, das Bemühen, mit dem Nachtragshaushalt einen Teilaspekt dieser Situation besser in den Griff zu bekommen.

Erste Bemerkung: Ich bin nicht so sicher, meine Damen und Herren, ob wir bereits ein Recht dazu haben zu formulieren, wir hätten den Aufschwung geschafft, er wäre bereits da. Ich stelle eine sehr unterschiedliche Situation fest. Wenn ich mir die realen Zahlen aufgrund der Veröffentlichungen und vielen Gespräche mit Unternehmern und Unternehmen verinnerliche, komme ich zu dem Ergebnis: Es gibt unbestreitbar vor allem in den Wirtschaftsbereichen, die einen relativ hohen Exportanteil haben, erhebliche Aufschwungtendenzen. Das herunterreden zu wollen, wäre das Verkehrteste, was wir tun können.

(D)

Aber diskutieren Sie einmal mit dem Groß- und Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen und bundesweit zur Frage der Binnenmarktentwicklung, Kaufkraftnachfrage und die Einzelhandelsumsätze hier im Lande und in Deutschland insgesamt. Sie werden aus der Sicht der Unternehmen eine ganz andere Situationsbeschreibung bekommen, daß es nämlich unbestritten ist, daß die kaufkräftige Nachfrage verständlicherweise aus der Sicht der Massenkaukraft - das sind im wesentlichen die Arbeitnehmer in diesem Lande - auch bei Teilaspekten von Aufschwung befürchten muß, daß sie ihre Einkommensreduzierungen weiter hinnehmen muß, das Risiko für ihren Arbeitsplatz nach wie vor an erster Stelle steht und sie sich in bezug auf viele Dinge des

(Minister Einert)

- A) Kaufkraftverhaltens anders gebärdet als die Aufschwungthesen, die tagtäglich verkündet werden.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Das ist doch bei jedem Aufschwung so. Das wissen Sie!)

Ich rede keine Krise herbei. Aber die etwas vom 16. Oktober geprägte Situation "Aufschwung geschafft! Null Problem! Alles Paletti!" trifft so nicht zu, um es ganz vorsichtig auszudrücken.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für alle Bereiche, auch alle Aspekte der Kaufkraftsituation. Ein Teil der Unternehmen sagt - aus deren Sicht durchaus verständlich -, sie müßten am geplanten Abbau der Arbeitsplätze festhalten. Dazu gäbe es keine Alternative. Und die Gewerkschaften werden gelobt, daß sie in der Lage und willens sind, sehr moderate und in bezug auf die reale Kaufkraft sogar negative Tarifabschlüsse abzuschließen. Die Bundesregierung und fast alle anderen Parteien sagen: Wir streiten uns nur noch darüber, wo wir weitere Kaufkraft abschöpfen werden. Steuererhöhungen werden nach der Wahl kommen. Egal ob es der Solidaritätszuschlag oder eine ausgewogenere Situation gibt, es wird auf jeden Fall um eine Kaufkraftreduzierung in Milliardenhöhe gehen. Das bedeutet: Sie fällt aus!

(B)

Das, Herr Kollege Meyer, nicht nur weil die Investitionsgüter dem Konjunkturverlauf vorausseilen und die kaufkräftige Nachfrage dem Konsumangebot hinterherläuft. Es wird weniger kaufkräftige Nachfrage vorhanden sein. Das verlangen doch auch alle. Deshalb bin ich - was vor allen Dingen den selbsttragenden binnenwirtschaftlichen Aufschwung angeht - sehr vorsichtig mit meinem Urteil. Wir sollten nicht versuchen, uns gegenseitig etwas vorzumachen.

Zweite Bemerkung: Eben ist der Finanzminister mehrfach zitiert worden. Ich bitte Sie allerdings, die Rede des Finanzministers und nicht Kommentare über die Rede des Finanzministers zu zitieren. Wer die Rede nachliest, wird feststellen, daß er mehrfach Ausführungen zur Frage der schon seit langem laufenden Bemühungen der Landesregierung um eine Zusammenarbeit und einen Pakt der Vernunft mit allen Bereichen und Aspekten der Wirtschaft gemacht hat.

Ich selbst habe mehrfach über Jahre hinweg - möglicherweise haben Sie das verpennt - in diesem Hause vorgetragen, wo unsere Bemühungen bei den kleineren

- und mittleren Unternehmen, des Handwerks und der Wirtschaft eigentlich liegen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen deutlich sagen, worin Ihr eigentliches Problem besteht: Sie sind sauer darüber, daß es die Landesregierung und mit ihr der Wirtschaftsminister seit Jahren geschafft haben, zu einem relativ guten Verhältnis mit der Wirtschaft und den Unternehmen in diesem Lande zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch das, was Sie wirklich stört, weil Sie über Jahre hinweg geglaubt haben, es wäre eine selbstverständliche Buchung, daß die Wirtschaft positiv gegenüber der CDU reagiert und negativ gegenüber der SPD. Diesen Teufelskreis haben wir - das nehme ich ganz unmißverständlich auch für mich in Anspruch - in diesem Lande seit Jahren in hohem Maße durchbrochen. Das paßt einigen nicht. Trotzdem werden wir auf diesem Wege auch in Zukunft weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

- Und nun wieder einmal zu dem Stichwort "Subventionen". Ich erachte es für dringend geboten, mit allem Nachdruck ein Wort zur gegenwärtigen Diskussion um die Kohlesituation zu sagen: Man kann unterschiedliche Positionen einnehmen. Aber ich habe es noch nie erlebt, daß sich in Kenntnis dessen, was die schwierige Haushaltslage des Landes und des Bundes sowie die Aufwendungsnotwendigkeiten für die deutsche Einheit anbelangt - das alles war unbestritten im November 1991 bekannt: Die Haushaltsentscheidungen des Bundes waren getroffen, der Einigungsvertrag lag längst vor, die konjunkturelle Situation war so schwierig, daß es jeder sehen konnte und wir trotzdem eine Vereinbarung getroffen haben -, die Vertragspartner jetzt scheibchenweise aus der Vereinbarung davonschleichen. Das ist schon eine schlimme Geschichte. (D)

(Beifall bei der SPD)

Nun gibt es ja manchmal auch Solidarität innerhalb von Gruppierungen und politischen Parteien. Dann aber sollten Sie sich nicht - wie es die F.D.P. in einem besonders hohem Maße tut - täglich ein Stückchen davonschleichen und nicht mehr zu dem stehen, was Sie jeweils mit Ihrem Wirtschaftsminister - zunächst Herr Möllemann und dann Herr Rexrodt - gesagt haben. Sich jetzt im Auftrage der Bundesregierung mit ausdrücklicher Billigung und Unterstützung des Bundeskanzlers, den

(Minister Einert)

- (A) ich gar nicht kleinreden will, weil er dafür gesorgt hat, daß es zu dieser Vereinbarung kommt, stückchenweise davonzustehlen, ist einfach unfair.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch eine Ungehörigkeit gegenüber den Betroffenen, die daran beteiligt sind. Da muß ein Wort gelten; denn die Welt ist insoweit keine andere geworden.

Wie im November 1991 und später eindeutig von mir und anderen zu Protokoll gegeben, war Geschäftsgrundlage dieser Vereinbarung über Jahrzehnte hinweg der Verteilungsschlüssel der Lasten bei der Koks-kohle von zwei Drittel Bund, ein Drittel Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen hat immer deutlich gemacht, daß schon nach dem Grundgesetz die Verantwortung für sektorale Wirtschaftspolitik ausschließlich beim Bund liegt. Das hat der Bund auch nie bestritten. Wir haben - immer ohne Anerkennung einer Rechtspflicht - gesagt: Wegen der besonderen Betroffenheit Nordrhein-Westfalens als Energieland sind wir bereit, dem Bund ein Drittel der Aufwendungen zu erstatten; denn nur der Bund hat eine Vereinbarung mit der Kohle in bezug auf die Koks-kohlesubvention, und bei Kohle handelt es sich um eine echte Subvention. Zum Vollastenträger Bund tragen wir freiwillig ein Drittel bei.

- (B) Jetzt hat der Bund, ohne mit uns in Verhandlungen einzutreten und ohne weitere Ankündigung - das Niveau und der Stil sind ja eigenartig genug -,

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Sie wissen das doch seit zwei Jahren! Da gibt es doch Briefwechsel!)

einseitig den Vertrag gebrochen.

- Das stimmt nicht.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wir haben vor zwei Jahren darüber im Plenum diskutiert! - Widerspruch von der SPD)

- Wenn Sie eine solche Art und Weise von Vertragsbruch auch noch billigend, ist das schlimm genug für Sie!

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Soll ich Ihnen das vorlesen? 6. Oktober 1993, Herr Minister!)

Das ist ja wohl eigenartig. Man sollte den Bürgern im Land sagen, was von solchen Vertragsverhandlern zu halten ist. Sie brechen ihr Wort sogar vorsätzlich.

(C)

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Ihr macht hier doch nur Wahlkampf! Ganz billig, zu Lasten der Bürger! - Gegenruf des Ministers Schwier: Der ist teuer!)

- Damit braucht die "Gerechtigkeitspartei" nicht zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bleiben besser bei Ihrem Anspruch der Besserverdienenden. Das steht Ihnen gut, das können Sie glaubhaft vertreten. Aber ziehen Sie sich nicht den Mantel der "Gerechtigkeitspartei" an.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Sie sind doch die Partei des Großkapitals an der Ruhr! Die Besserverdienende ist die SPD doch, sie ganz allein! Ihr von der SPD seid alle Besserverdiener! - Glocke des Präsidenten)

Hier wird es klare Buchungen geben. Jeder muß wissen: Nordrhein-Westfalen steht zu seiner Vereinbarung und zu seiner Verpflichtung. Das ist finanziell für das Land schwierig genug. Wir haben gesagt, wir werden den begleitenden Prozeß des weiteren Abbaus auch der Kohle in Nordrhein-Westfalen künftig so mittragen. Aber wir achten darauf, daß eine unterschiedliche Beurteilung vor und nach Vertragsverhandlungen nicht stattfindet.

(D)

Letzte Bemerkung zum Stahl: Ich habe eben bei der Kohle gesagt, dabei geht es um Subventionen. Das läßt sich überhaupt nicht bestreiten. Über 40 Jahre hinweg war Bestandteil aller deutschen Politik, egal, wer jeweils regiert hat, einen bestimmten Sockel an eigentlich zu teurer heimischer Steinkohle bei uns zu halten. Dazu bekennen wir uns. Wir sind auch bereit, diesen Subventionstatbestand zu halten.

Sie haben von den Dingen anscheinend keine Ahnung. Beim Stahl geht es überhaupt nicht um Subventionen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ach!)

Wie in vielen anderen Bereichen haben wir Qualifizierungsmaßnahmen. Von den dafür vorgesehenen

(Minister Einert)

- (A) 120 Millionen DM fließen null DM an die Stahlunternehmen. Das sollte man der fairen Diskussion wegen dazusagen, es sei denn, Sie wollten wider besseres Wissen ein Wahlkampfthema aufwärmen.

Wir kämen dem Gedanken etwas näher, wenn wir erkennen und akzeptieren würden, daß dies auch ein Stück Unterstützung für die kleinen und mittleren Unternehmen im Land Nordrhein-Westfalen ist. Denken Sie einmal darüber nach, Herr Kollege Linssen: Die Arbeitnehmer, die auf Dauer bei den großen Stahlunternehmen keinen Arbeitsplatz mehr finden können, werden so qualifiziert und umgeschult, daß sie eine Chance haben, bei den kleinen und mittleren Unternehmen einen Arbeitsplatz auszufüllen.

(Beifall bei der SPD)

Sonst kommt die Diskussion in eine völlige Schieflage. Es geht nicht darum, und wir sind nicht dazu bereit, den Stahlunternehmen diesen Teilbereich, die Qualifizierungsmaßnahmen, zu finanzieren.

Zweitens. Ich habe Ihnen damals angekündigt, daß wir konkret über einzelne Projekte aus meinem Bereich, was Technologieförderung angeht, wie wir es auch in anderen Bereichen machen, verhandeln. Diesen Prozeß haben wir ziemlich abgeschlossen. Insgesamt sind bisher 62 Projekte in der Diskussion zu den Stichworten: Umweltschutz, Energieeinsparung, Verfahrensentwicklung, Werkstoffentwicklung, Qualitätssicherung, Verschleißminderung im Umweltbereich, endabmessungsnahes Gießen, Produktentwicklung, Einsatz neuer Informationstechnologien, Anwendungstechnik wie Schweißen, Lasertechnik, Formgebung und Tiefziehen.

- (B) Konkret sind bisher 62 Projekte in der Diskussion. Sie sind weitgehend fertig. Sie haben ein Investitionsvolumen von rund 238 Millionen DM.

Wir stehen zu unserer Vereinbarung: Wenn wir die Notifizierung bei der EG für jedes einzelne Projekt erreichen - davon gehen wir aus -, werden wir dazu rund 59 Millionen DM im Rahmen des zugesagten Finanzvolumens von maximal 25 % im Sinne von Technologieförderung beitragen.

Wir haben nach wie vor die alte Vereinbarung mit den beiden Stahlunternehmen. Es gibt kein Projekt, das der einstimmigen Zustimmung durch den Ministerrat und die EG-Kommission bedarf, sondern es ist lediglich die Einzelnotifizierung nach üblicher Praxis mit der Europäischen Union erforderlich. Die ersten Gespräche sind

gelaufen. Wir können davon ausgehen, daß die Sache (C) positiv abgewickelt wird.

Ich glaube, es ist eine Frage der Wettbewerbsverbesserung der Stahlindustrie und keine Subventionspolitik, wie wir sie in anderen Bereichen auch bei uns betreiben. Wir stellen uns jeder Diskussion in diesem Zusammenhang; denn wir glauben, den Umstrukturierungsprozeß einer Branche - und Stahl ist und bleibt ein moderner Werkstoff, dort wird weiterhin ein Abbau an Arbeitsplätzen stattfinden; damit muß jeder leben - mit zeitlich begrenzter Unterstützung ein Stück begleiten zu können. Das machen wir auch in anderen Branchen und Bereichen. Es ist kein Subventionstatbestand. Von daher macht auch der Nachtragshaushalt, wenn wir ihn so verstehen, Sinn.

Ich würde mir wünschen, Sie würden einmal unabhängig von Wahlkampfdiskussionen darüber nachdenken, ob nicht eine ganze Reihe von Positionen auch in Ihrem Interesse sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, nach der Reihenfolge sind Sie dran. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU*): Herr Präsident! (D) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Rede von Herrn Einert hat man fast den Eindruck, er ist der einzige, der den Durchblick hat.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen hat er den! - Weitere Zurufe von der SPD)

So hat er sich jedenfalls über die Kolleginnen und Kollegen hier ausgelassen.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Ich will an seine letzten Bemerkungen über den Antrag der F.D.P., der uns vorliegt, und an seine Bemerkungen über Mittelstand und Stahlindustrie anschließen.

Herr Einert, vielleicht darf man Sie noch an Ihre Einlassungen damals in der Debatte erinnern, als Sie hier mit höchster Präzision dargelegt haben, daß für Sie persönlich eine Unterstützung der Stahlindustrie nicht in Frage kommt, weil Sie vor Handwerksbetrieben und

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) mittelständischen Betrieben nicht Ihren guten Namen verlieren wollten,

(Beifall bei der CDU)

indem sie sagen, Sie bevorzugten einseitig. Vier Wochen später, nachdem sonntags in der Staatskanzlei die Gespräche stattgefunden hatten, war alles Makulatur.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Alles hatte er vergessen.

(Zuruf des Ministers Einert)

- Dazu können Sie gleich noch etwas sagen, Herr Einert.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Sie, Herr Schleußer, auch. Wenn Sie von Unsinn sprechen, können Sie das nachher gern erläutern.

Das ist das, was die Leute merken: wenn man vier Wochen vorher etwas völlig anderes sagt als vier Wochen nachher, nur weil man sich auf einmal in die Kabinettsdisziplin hineinbegeben hat und weil es offensichtlich aus parteitaktischen Gründen so beschlossen wurde.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie sich, Herr Einert, heute hier hinstellen und diese Unterstützung für die Stahlindustrie als besonderes mittelstandsfreundliches Element darstellen,

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist es doch auch!)

dann geht mir allerdings der Hut hoch; das muß ich Ihnen einmal klar sagen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Büssow [SPD])

Wenn Sie die Bemerkung machen, daß wir nur neidisch seien, wenn Sie mit Unternehmern ein gutes Verhältnis hätten, kennen Sie uns überhaupt nicht. Ich wäre glücklich im Interesse des Landes, wenn diese Regierung ein ordentliches Verhältnis zur Industrie und zur gesamten Wirtschaft entwickeln würde. Nur, Herr Einert: Überlegen Sie doch einmal, wie 1993 die ganze Sache gelaufen ist. Da hat es eine gemeinsame Zwischenerklä-

runge gegeben; zu einer Enderklärung haben sich die Unternehmer, die Arbeitgeberverbände, der DGB nicht mehr in der Lage gesehen. Dazu ist es nicht gekommen, sondern es hat eine separate Erklärung der Arbeitgeberverbände, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer gegeben, in der sie Ende 1993 ihre Position beschrieben habe, weil sie mit Ihnen nicht zu Potte kommen, da sie in bestimmten Bereichen sehen, daß Sie aufgrund Ihrer Gespaltenheit auch in Ihrer Fraktion und Partei nicht zu den zügigen und klaren Entscheidungen kommen, die im Interesse Nordrhein-Westfalens dringend erforderlich sind. (C)

Herr Vesper, Sie werden in Ihrem Ranschmiß an die Sozialdemokratie, den Sie hier vorgeführt haben

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Oh-Rufe von den GRÜNEN)

- Herr Vesper! - nur noch übertroffen von Herrn Scharping am Mittwoch im Dresdner Kulturpalast. Meine Damen und Herren, es ist köstlich, wie sich Herr Scharping an Herrn Biedenkopf und die CDU in Sachsen herangeschmissen hat, indem er erklärt hat, daß der Herr Biedenkopf wirklich ein guter Ministerpräsident ist - das ist er ja auch -,

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Den habt ihr doch weggejagt! So qualifizierte Leute sind doch viel zu schade für euch! - Weitere erregte Zurufe von der SPD) (D)

daß er sehr viel eloquenter ist - -

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Der ist doch vor euch weggelaufen! - Abgeordneter Büssow [SPD]: Mit Tränen in den Augen! - Abgeordneter Schultz [SPD]: Ihr habt den Biedenkopf doch in die Wüste geschickt! - Fortgesetzt Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Also hören Sie mal: Der Kurt Biedenkopf macht das hervorragend in Sachsen, und Sie werden in Sachsen Ihr Waterloo erleben. Ich nehme an, Scharping hofft auf eine gemeinsame Koalition, wenn die CDU nicht 50 % oder die Mehrheit der Mandate erreichen kann.

(Große Unruhe)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, darf ich Sie unterbrechen?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Aber bitte!)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Zunächst einmal darf ich um etwas Ruhe bitten. Keine der einzelnen Bemerkungen kommt hier vorne verständlich an. Das muß man berücksichtigen, wenn man Zwischenrufe macht.

Der Kollege Dr. Vesper möchte eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie die zulassen?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Gerne!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)*: Herr Kollege Linssen, wenn der Herr Biedenkopf so ein guter Ministerpräsident ist, warum hat er es denn nicht einmal in Nordrhein-Westfalen versucht, und warum haben Sie ihn nach Sachsen exportiert?

(Beifall bei der SPD)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU)*: Er hat es ja 1980 versucht, Herr Vesper. Da waren Sie noch gar nicht im Landtag; darum konnten Sie das seinerzeit nicht so nachvollziehen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Ihr habt ihn doch zum Teufel gejagt!)

(B)

Aber ich muß sagen: Jeder sieht, Kurt Biedenkopf hat mit seinem Amt in Sachsen dermaßen an Statur gewonnen und macht das so hervorragend, daß man nur den Hut ziehen kann.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Abgeordneter Büssow [SPD]: Zum Teufel habt ihr ihn gejagt! Das haben wir doch erlebt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Der Scharping? Ach, der Scharping hat erklärt, daß das ein guter Ministerpräsident sei, ein integrierter Mann, daß er eloquenter sei als der - wie heißt der Kandidat da noch? - Herr Kunkel, glaube ich. Und zum Schluß ist ihm noch eingefallen, daß Herr Kunkel das Land kennt.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist ein Kandidat wie der Linssen oder wie der heißt! Den kennt ja auch keiner! - Minister Schwier: Soviel Objektivität von Ihnen zu hören, wäre schön! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dann haben die Spitzengenossen geschimpft, sie wüßten nicht, was Scharping geritten habe. Ein Jungsozialist sagte: "Der muß ja wohl spinnen." Und so in diesem Tenor ging es weiter. Aber ich will das nicht vertiefen; Sie können es nachher gern nachlesen.

(C)

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sozialdemokraten haben natürlich eine Schwierigkeit in diesem bundespolitischen Wahlkampf: Sie müssen der Bevölkerung in Deutschland erklären, wie schwierig und miese in Deutschland doch alles ist. Und gleichzeitig erklären Sie, wie toll doch alles hier in Nordrhein-Westfalen ist, obwohl die Daten des Landes Nordrhein-Westfalen schlechter sind als die Daten aller übrigen Bundesländer im Durchschnitt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schizophrenie kriegen Sie nicht hin, und die Leute glauben es Ihnen auch nicht. Deshalb werden sie die Bundesregierung, die den Aufschwung mit allen, die in diesem Lande arbeiten, zusammen bewirkt hat, wieder bestätigen und, wie ich hoffe, so erfolgreich wieder bestätigen, daß Deutschland einer guten Zukunft entgegengeht.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

(D)

Daß das Thema Kohle von Herrn Einert noch einmal aufgegriffen wurde, erklärt sich natürlich daraus, daß die Sozialdemokraten händeringend versuchen, im Ruhrgebiet eine Emotionalisierung herbeizuführen; denn sie wissen genau, daß ansonsten die Wahlbeteiligung nicht ansprechend ist,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Da brauchen Sie nur aufzutreten, dann ist die gleich da!)

da die gestandenen Sozialdemokraten im Ruhrgebiet aufgrund der ganzen Geschichte in Sachsen-Anhalt fragen: Wo ist denn eigentlich meine Partei? Wo steht sie denn eigentlich? Gilt das, was Farthmann sagt? Gilt das, was der Herr Rappe sagt? Oder gilt das, was Leute wie Lafontaine und Schröder sagen?

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Deshalb versuchen Sie jetzt das Kohle-Thema aufzumachen. Aber die Menschen im Ruhrgebiet wissen, daß diese Bundesregierung mit ihrer Entscheidung, daß es

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) 1996 7,5 Milliarden DM und daß es 1997 folgende 7 Milliarden DM für die Kohle gibt, eine sehr gute Entscheidung getroffen hat, die für den Strukturwandel, der aber unerbittlich weitergehen muß, Zeit läßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Antrag der F.D.P. möchte ich zum Schluß sagen: Bei einer getrennten Abstimmung würden wir uns bei Nr. 1 zum Einzelplan 08 der Stimme enthalten, weil wir glauben, daß die Technologieförderung nicht vorrangig mittelständischen Unternehmen, sondern allen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gewährt werden muß.

Und der Nr. 2 zum Einzelplan 07 werden wir selbstverständlich zustimmen, weil wir immer vorgetragen haben, daß Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften allen von Arbeitslosigkeit Bedrohten ohne Beschränkung auf bestimmte Standorte, Branchen oder Unternehmen zur Verfügung stehen müssen. Dem werden wir unser Ja geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Prof. Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

- (B) Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Debattenbeiträge hier - jedenfalls teilweise - verfolge, stelle ich mir die Frage: Was haben wir hier eigentlich für Sorgen?

Mich besorgt es im Augenblick nun überhaupt nicht, ob Herr Biedenkopf ein guter oder ein schlechter Ministerpräsident ist. Auch der Fall Sachsen-Anhalt, obwohl ich da eine ganz klare Position habe, zu der ich heute noch genauso stehe wie damals,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

ist im Augenblick überhaupt kein aktuelles Thema.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe eine ganz andere Sorge: Wenn ich heute morgen die Zeitung lese, daß die IG Bergbau erklärt, es sei die zweite Kohlelüge, die jetzt geplant wird, dann ist das ein Punkt, der für unseren Haushalt von Bedeutung ist.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU
- Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Ja, sie wollen das abtun. Ich werde Sie, Herr Dr. Linssen, beim Wort nehmen. Diese Streichung von 400 Millionen DM, die der Bundesfinanzminister bereits in seinem Haushalt geplant hat, nämlich uns die Koks-kohlenbeihilfe von zwei Dritteln auf die Hälfte zu reduzieren, wenn das kommt, dann muß jeder Bürger wissen - und das sollten wir unseren Bürgern im Lande sagen -, daß das das Ende des Steinkohlenbergbaus ist, (C)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Oh!)

oder 400 Millionen DM kommen zusätzlich auf unsere Kassen. Das schlägt zu Buche!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen das in aller Deutlichkeit, Herr Linssen: Sie und Herr Rohde sind ja mit Ihren Parteien an der Regierung in Bonn beteiligt. Sie haben es zu verantworten, wenn das im nächsten Jahr in dieser Höhe auf uns zukommt.

(Beifall bei der SPD)

Dafür werden wir Sie vor den Bürgern unseres Landes anklagen. Das sind Beträge, die hier zu Buche schlagen. Das ist das, was mir Sorge macht.

Deshalb kann ich sagen: Wenn wir hier die dritte Lesung zum Nachtragshaushalt haben und wenn es darum geht, ob hier Beträge zu Buche schlagen, die für unsere Bürger spürbar sind, dann sind das die entscheidenden Punkte und nicht die Frage, ob Herr Biedenkopf ein guter oder ein schlechter Ministerpräsident ist. (D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Farthmann, was soll eigentlich diese Aufregung?

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Champignon [SPD]: Nichts begriffen!)

Daß wir Probleme mit der Kohlefinanzierung bekommen, wissen wir seit über einem Jahr.

(Tschoeltsch [F.D.P.]

- (A) (Zurufe von der SPD - Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Dann reden Sie doch nicht über Herrn Biedenkopf!)

Am 6. Oktober 1993 war das ein Thema in diesem Haus. Da hat die F.D.P. einen Antrag gestellt und gefordert, der Landtag möge die Landesregierung auffordern, in Bonn bei den Energiegesprächen eine neue Finanzierung für die Koks- und Kohle einzubringen.

(Minister Clement: Das hat doch Ihre Bundesregierung abgelehnt!)

Das haben wir hier gefordert, weil wir genau wußten - es war bekannt -, daß die Bundesregierung die Subventionen herunterfahren will und daß die Bundesregierung eine Beteiligung von 50 % Bund und 50 % Land anstrebt.

Das war allen in diesem Hause bekannt, die zugehört haben. Da gab es einen Schriftwechsel zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und dem Landeswirtschaftsminister. Und dann stellen Sie sich heute hierhin, als wenn das alles neu wäre. Wir haben Sie seinerzeit aufgefordert, so zu finanzieren, daß der Haushalt dieses Landes entlastet wird. Das haben Sie mit Ihrer Mehrheit abgelehnt.

- (B) (Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das ist doch geradezu lächerlich!)

- Genauso war es. Das wollen Sie nun nicht mehr hören, Herr Farthmann!

(Zustimmung bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

- Nein, so können wir nicht miteinander umgehen. Wir haben Ihnen vor einem Jahr gesagt, daß das auf uns zukommt. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, entsprechend zu verhandeln, aber Sie haben das hier im Landtag abgelehnt. Lesen Sie doch die Protokolle nach!

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Aber Sie können doch nicht einseitig aus einer Vereinbarung heraus!)

- Ach, hören Sie doch auf! Sie haben doch keine Ahnung davon, Herr Trinius.

(Lachen und Zurufe bei der SPD)

(C) Herr Wirtschaftsminister, Sie haben vorhin, als wir Gerechtigkeit gefordert haben, die F.D.P. so etwas hämisch als Partei der Besserverdienenden bezeichnet.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: So hatten Sie sich selbst bezeichnet! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist doch Ihr Markenzeichen!)

Meine Damen und Herren! Herr Minister Clement und Herr Minister Einert, ich will Ihnen einmal eines in aller Deutlichkeit sagen - das werden Sie nie verstehen -: Liberalismus ist keine Einkommensklasse, sondern eine Geisteshaltung.

(Lachen bei SPD, GRÜNEN und auf der Regierungsbank)

Das haben Sie nie verstanden, und Sie werden das nie verstehen.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Sand ins Getriebe, Kies in der Tasche! - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Dann müßte ja Herr Mernizka bei der F.D.P. sein!)

Sie werden das nie verstehen. Deshalb ist das alles ein untauglicher Versuch, auch als Sozialdemokraten jetzt plötzlich den Liberalismus zu entdecken.

(D) (Minister Matthiesen: Das war in den 70er Jahren einmal so!)

Das werden Sie nie verstehen.

Aber zurück zum Nachtragshaushalt! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns den Nachtragshaushalt ansehen und das, was politisch in diesem Hause mit der Mehrheit entschieden wurde, dann muß man ganz nüchtern feststellen: Die SPD und diese Landesregierung haben bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs den Mittelstand verraten. Ich will das so deutlich sagen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das glaubt Ihnen kein Frisör!)

Dieser Wirtschaftsminister, diese Landesregierung, die Mehrheit in diesem Hause haben beschlossen, daß 1994 330 Millionen DM allein im Etat des Wirtschaftsministers an Investitionen gekürzt werden. Das haben Sie beschlossen.

(Tschöeltsch [F.D.P.])

- (A) Zusätzlich haben Sie beschlossen, daß 233 Millionen DM an Zuweisungen - nur im Etat des Wirtschaftsministers - in diesem Jahr gekürzt werden. Das ist Ihre Politik. Diese Kürzungen, meine Damen und Herren, treffen primär die mittelständischen Unternehmen in diesem Lande.

(Beifall bei der F.D.P.)

Und Sie stellen sich da hin und sagen, Sie seien mittelstandsfreundlich. Das glaubt Ihnen doch keiner.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jetzt komme ich zu unserem Antrag, über den hier anschließend abgestimmt wird.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Abgelehnt!)

- "Abgestimmt wird" zunächst.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Abgelehnt!)

- Herr Hunger, von Ihnen habe ich auch nichts anderes erwartet.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Etwas anderes seit zehn Jahren nicht mehr!)

- (B) Ich halte fest: Diese Landesregierung gibt bei der Finanznot, die wir haben, insgesamt 180 Millionen DM an zusätzlichen Subventionen aus - ausschließlich im Bereich der Technologieförderung für zwei Großkonzerne, die aus den roten Zahlen heraus sind und wieder schwarze Zahlen schreiben, die Überstunden fahren müssen, um die Nachfrage zu befriedigen. Vor diesem Hintergrund gehen Sie hin und sagen: 60 Millionen DM Technologie-Förderung ausschließlich für diese beiden großen Konzerne! Können Sie einem in diesem Land noch erklären, warum Sie das ausschließlich für diese beiden Großkonzerne machen? Warum geschieht dies nicht auch für kleine und mittlere Unternehmen in anderen Regionen und in anderen Branchen? Warum denn nicht?

Deshalb ist das heute in der Abstimmung die Nagelprobe: Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, daß die Mittel insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ausgegeben werden sollen, dann, sage ich Ihnen, sind Sie mittelstandsfreundlich. Wenn Sie hingegen und unseren Antrag ablehnen, dann privilegieren Sie ausschließlich die Montagegroßkonzerne des Reviers. Und das werden wir in diesem Land deutlich machen.

(C) Sie, Herr Farthmann, betreiben außerdem - das ist das zweite, was mich ärgert - mit den anderen 120 Millionen DM eine Zwei-Klassen-Sozialpolitik, weil nämlich ausschließlich in diesen Ziel-2- und Ziel-5-Gebieten gefördert wird, das heißt also, weit über die Hälfte der Arbeitnehmer - flächenmäßig - in diesem Land bekommt null D-Mark. Die Arbeitnehmer bekommen von diesen 120 Millionen DM keinen Pfennig, sondern ausschließlich und primär sind es - das haben wir hier diskutiert - Arbeitnehmer der beiden Großkonzerne. Dazu sagen wir: Das ist eine Zwei-Klassen-Sozialpolitik. Es ist keine Gleichbehandlung in diesem Lande. Auch das werden wir der Öffentlichkeit tagtäglich sagen, weil wir das nicht akzeptieren.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Für Gleichbehandlung sind Sie doch noch nie zuständig gewesen!)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen abschließend: Wenn Sie mittelstandsfreundlich sein wollen, wenn Sie gegenüber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land gerecht sein wollen, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. - und Zustimmung bei der CDU)

(D) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Appel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Appel (GRÜNE)*: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem muß ich Ihnen, Herr Tschöeltsch, fast recht geben.

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Da muß ich aber aufpassen!)

Es ist natürlich so, daß die Hilfen für verlorene oder gefährdete Arbeitsplätze in diesem Land durchaus sehr unterschiedlich vergeben werden.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nach Gutsherrenart!)

Wir haben in den letzten Jahren im Bereich der Textilarbeitsplätze im Münsterland nahezu genauso viele Arbeitsplätze verloren wie im Bergbau und in der Stahlindustrie - nur mit dem Unterschied, daß das in erster Linie vom Lohn und vom Ansehen her schlechter be-

(Appel [GRÜNE])

- (A) wertete Frauearbeitsplätze waren. Frauen waren in erster Linie von diesem Bereich betroffen, und hier haben die Maßnahmen der Landesregierung nicht in der Art und Weise gegriffen. Insofern ist die Kritik nicht ganz unberechtigt.

Wenn Sie den Großkonzernen entsprechende Hilfe geben, dann dürfen Sie auch nicht vergessen, daß meistens bei den Zulieferern, die mittelständische oder Kleinbetriebe sind, natürlich nicht unbedingt die gleichen Hilfen greifen, d. h. „die großen fängt man auf, und die kleinen hängen durch bzw. werden betroffen.“

Um auf die Diskussion vorhin mit zwei Worten zurückzukommen: Ich glaube, daß auch dieser Nachtragshaushalt wieder ein Beispiel dafür ist, daß in einem Sozialbereich die Landesregierung nicht gerade dadurch glänzt, daß sie sowohl den Betroffenen als auch den Kommunen hilft, mit den anstehenden Schwierigkeiten fertig zu werden. Dies ist nämlich im Ausländer-, Asyl- und Flüchtlingsbereich. Daß die Erstattungen für die Ausländer, Vertriebenen und Flüchtlinge in diesem Haushaltsansatz entsprechend erhöht werden mußte, hat auch damit zu tun, daß die Landesregierung in fröhlicher Vorwegnahme des sogenannten Asylkompromisses davon ausgegangen ist, daß einiges zurückgeht, und daß sie nicht ausreichend dafür gesorgt hat, daß die Flüchtlinge entsprechend untergebracht werden. Weiterhin findet eine unsägliche Asylrechtspraxis der Bundesregierung und eine unsägliche Asylrechtpraxis in der Bund-Länder-Innenministerkonferenz statt. Wir wissen, daß nach der Quasi- oder Defakto-Abschaffung des Asylrechts seit Juli 1993 sowie noch kaum ein Flüchtling legal in die Bundesrepublik Deutschland kommt - viele kommen nach wie vor illegal hierher -, und seitdem hat man sich überhaupt nicht darum gekümmert, was denn mit den Flüchtlingen ist, die seit 4, 5 oder noch mehr Jahren in der Bundesrepublik sind und die nach wie vor zu Hause um ihr Leben vor Verfolgung fürchten müssen. Das heißt, es gibt keine Altfallregelung.

Auch hier ist festzustellen, daß eines der Versprechen der Bundesregierung, der gelb-schwarzen Koalition in Bonn, natürlich nicht erfüllt worden ist, daß auch die Sozialdemokraten es inzwischen an Fleiß und an Druck mangeln lassen, nämlich für die hier lebenden Flüchtlinge Altfallregelungen zu beschließen, die es endlich ermöglichen würden, diese Menschen aus den unzumutbaren, schwebenden Verfahren herauszuholen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nein, im Gegenteil: Wir beobachten in Nordrhein-Westfalen zunehmend ein rigides Vorgehen sowohl der Ausländerbehörden als auch der zuständigen Stellen auf Bundesebene, die immer noch - selbst bei anerkannten Asylbewerbern - regelmäßig alle Rechtsmittel seitens des Staates ausschöpfen, um die Verwaltungsgerichtsverfahren bis zum Ende zu treiben, um den Flüchtling - und sei die Aussicht auch noch so klein - doch noch aus dem Land herauszubekommen und um Duldungsregelungen immer wieder auszuhebeln.

Diese Einschätzung wird durch die Tatsache, daß nach wie vor die Abschiebehaftplätze in Nordrhein-Westfalen und überall anders überlastet sind, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung an ihrer unsäglichen Praxis festhält, private Sicherheitsdienste mit der Beaufsichtigung von Gefangenen, nämlich von Abschiebehäftlingen, zu beauftragen, unterstrichen und die Politik in diese Richtung weiter gefördert.

Diese Versäumnisse müssen dazu führen, die entsprechenden Haushaltsmittel, auch wenn das teuer ist, bereitzustellen. Auf der anderen Seite sind die Bedingungen vor Ort immer noch nicht geklärt. Daß die Kommunen in Unsicherheit leben, liegt daran, daß diese Landesregierung es bisher immer noch nicht geschafft hat - eineinviertel Jahre nach Verabschiedung und fast ein Jahr nach Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes -, ein entsprechendes Umsetzungsgesetz auf Landesebene vorzulegen, was es den Kommunen endlich erlaubte, von einer gewissen Planungssicherheit auszugehen, und was es vor allen Dingen erlaubte, die Rückstände, die einige Kommunen in Bezug auf die Erstattung von Flüchtlingsmitteln gegenüber dem Land ausstehen haben und die in Millionenhöhe die kommunalen Haushalte belasten, endlich aufzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir glauben, daß der Landesregierung auch diesbezüglich noch einmal ein Tritt in ein gewisses Körperteil gegeben werden muß, damit sie mit diesem Zeitspiel aufhört, mit diesem Zeitspiel, welches dazu führt, daß die Kommunen nicht wissen, wo es langgeht.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Keine Gewalt, Herr Kollege!)

In diesem Zusammenhang kann ich es mir nicht verkneifen, ein Wort zu den Äußerungen der CDU aus den letzten Tagen zu sagen, die es sich - Herr Linssen, ich weiß nicht genau, ob Sie oder Ihr Stellvertreter es waren - nicht nehmen ließ, mal wieder sogar noch die Streichung und die Reduzierung der Mittel für Flücht-

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

- (A) linge zu fordern. - Sie haben das Asylrecht abgeschafft und sollten nun aufhören - -

(Proteste bei der CDU)

- Sagen Sie mir doch einmal, welcher Flüchtling von außerhalb der an die Bundesrepublik angrenzenden Länder es heute noch schafft, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen? Sagen Sie mir doch einmal, ob Sie es human finden, wenn ein Ausländeramt mitten in einem Asylverfahren, also zwischen einem ergangenen Entscheid, aber bevor das Verwaltungsgericht den Eilantrag eines Anwalts auf Widerspruch entschieden hat, genau die drei dazwischenliegenden Tage und damit diese Rechtslücke nutzt, um einen Aidskranken nach Zaire abzuschieben? Das kommentiert die Landesregierung mit dem zynischen Satz: Auch in Zaire ist die Versorgung von Aidskranken in der Regel - in der Regel - gewährleistet. - Wissen Sie, diese Form des Umgangs mit Flüchtlingen spricht für sich selbst. Es stünde uns gut an, in diesen Tagen dafür zu sorgen, daß die Kommunen die finanziellen Spielräume erhalten, um zumindest das Nötige an Mitteln in diesem Bereich bereitzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Minister Einert.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur weil vorhin versucht worden ist, erneut an einer Legende zu stricken, will ich zwei/drei Sätze aus dem Landtagsprotokoll vom 1. Juni 1994 zitieren. Damals ist mir bereits das unterstellt worden, was Sie, Herr Linssen, hier heute wiederholt haben, ich hätte mich in meiner Auffassung, was die Hilfen und die unterschiedliche strukturpolitische Behandlung zwischen Stahl und anderen Bereichen angeht, gewandelt.

Ich habe am 9. Dezember 1993 in diesem Hause erklärt - auch das ist zitiert worden -: "Ich fühle mich als Wirtschaftsminister für die Strukturpolitik aller Bereiche verantwortlich. Und ich kann bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht akzeptieren, daß wir für einen Sektor, der an diesem dramatischen Verlust" - es geht um Arbeitsplätze - "über alle Bereiche mit weniger als 10 %" - des Abbaus von Arbeitsplätzen - "beteiligt ist, eine Lösung anstreben und versuchen, die eine dramatische und verhängnisvolle Präjudizierung für alle anderen Teilbereiche bedeuten würde."

- (C) Ich habe diesen Satz bewußt zitiert, um das Problem und die Auseinandersetzung klarzumachen.

In der Sitzung am 1. Juni habe ich dann ausgeführt: "Ich werde Ihnen auch belegen, daß das, was wir jetzt entschieden und verabredet haben, genau in diesen Zusammenhang paßt... Das Zitat war richtig, und ich stehe dazu ... Das war in einer Zeit - Sie werden sich erinnern -, als es eine Diskussion darüber gab, daß sich das Land unmittelbar an einer Stahlstiftung und unmittelbar an der Finanzierung von Sozialplänen beteiligen sollte. In diesem Zusammenhang ist meine Erklärung hier gemacht worden. Ich streiche davon keinen Halbsatz." Hinzugefügt habe ich: "Ich betrachte es auch als ein Stück persönlichen politischen Erfolges, daß die Landesregierung diese Linie durchgehalten hat und daß wir zusammen mit den Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten eine Lösung gefunden haben, die diese Mittel eben nicht in Richtung Stahlstiftung und Beteiligung des Landes an der Sozialplanfinanzierung gehen ließ."

Diese zwei Sätze wollte ich hier wiederholen, damit keine neue Legendenbildung erfolgt.

Jetzt zur Frage der Kohle! Herr Kollege Tschoeltsch, natürlich ist es richtig, daß es bereits damals - wir haben vor ca. einem Jahr darüber diskutiert - Briefe gab, die eine Veränderung signalisieren sollten. Wir haben diesen Briefen vehement widersprochen; wir haben uns immer streitig dagegen gestellt.

(D) Ich will noch einen Schritt weitergehen: Es sind nicht nur die 400 Millionen DM für die Kokskohle; es sind jährlich darüber hinaus weitere rund 35 Millionen DM, die wir zusätzlich durch Veränderung des Schlüssels bei den sogenannten Erblasten übernehmen müssen. Das heißt: Wir reden darüber, daß wir entgegen den damaligen Vereinbarungen, die über Jahrzehnte gegolten haben, jetzt zusätzlich rund 435 Millionen DM jährlich aus der Landeskasse bewegen sollen.

Das können wir nicht, selbst wenn wir es wollten. Daraus folgt: Nicht vor oder nach einer Wahl, sondern jetzt steht die Entscheidung an, und deshalb muß das Thema jetzt streitig mit dem Bund diskutiert werden. Die Bundesregierung hat die Entscheidung zur Kokskohle Mitte Juli dieses Jahres für den Haushalt 1995 getroffen. Deshalb muß jetzt und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag knallhart gesagt werden, was das für die Menschen und dieses Land Nordrhein-Westfalen bedeutet.

(Minister Einert)

- (A) Jeder Bürger muß auch wissen: Entweder wir zahlen dieses Geld - wir können dies aber nicht und wir werden es nicht zahlen - oder aber diese Kürzung kann, wenn ich wirklich bei der Kokskohle einen solchen Bruch vornehmen muß, auch das Ende des Steinkohlebergbaus in Nordrhein-Westfalen bedeuten. Das ist keine Übertreibung. Die präjudizierende Wirkung ist so eindeutig. Jeder, der auch nur ein bißchen Ahnung davon hat, um was es hier geht, kann dies nicht bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem Thema Gerechtigkeit und Gleichbehandlung verschiedener Regionen: Da Sie hier mit umgekehrtem Vorzeichen die Neiddiskussion anzetteln, sage ich Ihnen dazu einmal die Zahlen, wenn Sie schon sonst für Argumente nicht zugänglich sind. Aus dem Haushalt des Wirtschaftsministers gehen jährlich rund 120 Millionen DM zuzüglich rund 435 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahre in die Technologieförderung im Lande Nordrhein-Westfalen insgesamt. Diese Mittel gehen fast ausschließlich in den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb sind jetzt zu den 126 Millionen DM Baransatz plus den 435 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für kleinere und mittlere Unternehmen einmalig für wahrscheinlich drei oder vier Jahre insgesamt 60 Millionen DM vorrangig für die Stahlindustrie ins Verhältnis zu setzen.

(B)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ausschließlich!)

Der Unterschied liegt allein schon in folgendem begründet: Für die 126 Millionen DM Baransatz plus 435 Millionen DM VE haben wir die globale Genehmigung und Notifizierung der Europäischen Union. Das bezieht sich auf kleine und mittlere Unternehmen. Da brauchen wir keine Einzelnotifizierung. Weil ich aber in diesem Fall für mehrere Jahre 60 Millionen DM vorrangig für den Stahlbereich - ich bestreite überhaupt nicht, daß dies Großunternehmen sind - einsetzen will, muß ich dazu die Einzelnotifizierung der Europäischen Union haben. Das ist die klare Unterscheidung und ungleiche Behandlung zwischen beiden Bereichen.

Wenn wir sagen, daß dieses Programm vorrangig für den Stahlbereich mindestens drei Jahre dauern wird, so sind das im Durchschnitt über 15 Millionen DM pro Jahr. Das setzen Sie bitte gefälligst, ohne daß Sie eine solche Neiddiskussion anzetteln, ins Verhältnis zu den

- 126 Millionen DM plus Verpflichtungsermächtigungen, die wir fast ausschließlich für den Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen in der Technologieförderung ausgeben. Sonst bekommen Sie eine Debatte, die Sie in der Weise, wie Sie die geführt haben, auch nicht verantworten können. (C)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Doch, wir verantworten das!)

Letzte Bemerkung zum Haushalt: Herr Kollege Tschoeltsch, ich habe immer geglaubt - Sie haben das auch immer vorgetragen -, daß Sie Unternehmer wären und etwas davon verstanden. Manchmal muß ich daran Zweifel haben. Ich habe versucht, Ihnen das im vergangenen Jahr bereits beim Haushalt für das Jahr 1994 klarzumachen. Ich habe gesagt, da eine Reihe von EG-Programmen und Bundesprogrammen auslaufe, nähme ich für den Haushalt 1994 hin, daß bei mir 300 Millionen DM Baransätze gekürzt werden. Diese Operation war nicht einfach, aber vertretbar, weil wir gleichzeitig gesagt haben, nach dem Auslaufen der Programme bekämen wir einen neuen mittelfristigen Handlungsrahmen.

Wenn Sie sich den Haushalt 1995 betrachten, werden Sie feststellen, daß in Verfolg dessen, was ich Ihnen zum Haushalt 1994 gesagt habe, der Haushalt des Wirtschaftsministers im Jahre 1995 der einzige ist, der mit einem Plus von über 8 % eine so positive Entwicklung aufweist. (D)

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Das ist nichts anderes als die Realisierung des mittelfristigen Handlungsrahmens. Die Verpflichtungsermächtigungen, die ich 1994 bekommen habe, wachsen 1995, 1996 und 1997 wieder in erhöhte Baransätze hinein. Da man Investitionen nicht innerhalb eines Jahres fahren kann, ist es ein mehrjähriges Programm. Deshalb betrachten Sie das einmal ausgehend vom Handlungsrahmen über mehrere Jahre hinweg. Diese Erbsenzählerei auf ein Jahr

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ist das Erbsenzählerei - 330 Millionen DM?)

sollte eigentlich einem Unternehmer unwürdig sein. Sie kapieren nämlich nicht, worum es wirklich geht.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das soll Erbsenzählerei sein - 330 Millionen DM?)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Kollegen Mernizka von der Fraktion der SPD.

Abgeordneter Mernizka (SPD)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon bedauerlich, wenn man bei der Verfolgung einer solchen Diskussion den Eindruck gewinnen muß, daß die Oppositionsparteien dabei völlig vergessen haben, daß sie über viele tausend Arbeitsplätze und viele tausend Menschen reden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber nicht alle Oppositionsparteien!)

Wenn ich den Vorwurf höre - das gilt besonders für die Damen und Herren von der F.D.P. -, es würde hier ungerecht gehandelt,

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Es ist ja so!)

wenn ich die Aussage höre, Sie wollten für Gerechtigkeit sorgen, kann ich nur sagen, daß Sie mit Ihren beiden Parteien in diesem Staat 12 Jahre lang Zeit gehabt haben, für Gerechtigkeit zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wo ist Ihre Gerechtigkeit gegenüber den Wohnungssuchenden, wo ist Ihre Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitslosen, wo ist Ihre Gerechtigkeit gegenüber Sozialhilfeempfängern, und wo ist jetzt Ihre Gerechtigkeit gegenüber den vielen Arbeitslosen auch in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei der SPD)

Deren Schicksal treten Sie in solchen Diskussionen mit Füßen. Das haben Sie zu verantworten.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Herr Schmidt war dran und hatte über 2 Millionen Arbeitslose!)

Wer sich zu der Aussage versteigt, wenn Stahlarbeiter für den allgemeinen Arbeitsmarkt - dieser allgemeine Arbeitsmarkt ist doch nicht mehr in der Großindustrie, sondern in den kleinen und mittelständigen Unternehmen, im Dienstleistungsgewerbe oder in den Pflegeberufen - mit 120 Millionen DM, verteilt auf mehrere Jahre, qualifiziert würden, wäre das eine Zwei-Klassen-Politik, dann weiß der nicht, wie die Menschen in diesem Lande leben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Den anderen geben Sie es nicht!)

(C)

Denken Sie doch auch einmal darüber nach, was diese Leute in den letzten 35 Jahren unter schwierigen Bedingungen geleistet haben.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ja, die anderen Menschen doch auch!)

Denken Sie einmal darüber nach, daß ohne Stahl und Kohle diese Republik heute nicht bestände.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ja gar nicht darauf hinaus, daß dies so weitergehen muß.

Wie können Sie die Leute diskriminieren, die ohne eigene Schuld vor der Tatsache stehen, keinen Arbeitsplatz mehr zu bekommen? Wie können Sie behaupten, wir würden Krupp und Hoesch diese Millionen in den Rachen schmeißen?

Wir setzen diese 120 Millionen DM ein, um diese Leute zu qualifizieren. Das braucht dann die mittelständische Industrie nicht mehr zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Da reden Sie von zwei Klassen. Wir werden das draußen auch erzählen, das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Mernizka, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Nein, danke!)

Abgeordneter Mernizka (SPD)*: Ich will Ihnen noch einmal etwas sagen. Ich habe Sie hier immer wieder aufgefordert, auch einmal ein Wort dazu zu sagen, wie notwendig es ist, daß wir weiter eine gut ausgerichtete, eine technologisch hoch ausgerichtete Stahlindustrie hier in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen haben. Sie erwecken heute doch den Eindruck, daß wir die Stahlindustrie nicht mehr brauchen. Wenn wir Technologien für die Stahlindustrie nicht mehr fördern, wenn wir sie in dem schwierigen Wettbewerb in Europa und leider auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht unterstützen, dann heißt das doch nach Ihrer These: Wir brauchen sie nicht mehr. Damit schädigen Sie ja nicht nur die Stahlindustrie, damit schädigen Sie den

(Mernizka [SPD])

- (A) Standort Deutschland und damit mittelständische Unternehmen im weitesten Sinne.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten auch mal dazu bereit sein, den klein- und mittelständischen Unternehmen zu erklären, wie wichtig es ist, daß sie gerade in der Industrie auf eine technologisch gut ausgerichtete Stahlindustrie zurückgreifen können. Sie tun hier alles andere. Wenn Sie, die CDU, jetzt unterstützen, daß der Antrag der F.D.P. angenommen werden soll, dann heißt das doch: Laßt die Stahlindustrie doch selber machen was sie will, laßt sie im unseriösen europäischen Wettbewerb untergehen. Damit wird diese Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen dann dem Ruin überantwortet. Das ist Ihre Politik, und das werden wir draußen sagen. Das begreifen auch die Kolleginnen und Kollegen, das begreifen selbst die Manager.

Wenn Sie sich im übrigen darauf beziehen, Handwerks- und Industrie- und Handelskammern wären auf Ihrer Seite, dann muß ich Ihnen sagen: Das ist in der Zwischenzeit anders, meine Damen und Herren; denn wir haben mit denen gesprochen, und wir haben ihnen erklärt, worum es geht. Die können Sie heute nicht mehr benutzen. Die wissen genau, daß die Qualifizierungsmaßnahmen notwendig sind.

- (B) Und noch eines: Wie war denn die Ausgangslage im Wirtschaftsausschuß? Da wurde doch beantragt, den Vermerk "Nur für Stahl" dahinter zu schreiben. Das war doch Ihre These. Wir haben gesagt: Lassen Sie das offen. Denn eines ist völlig klar, das sage ich Ihnen auch: Das machen wir ja heute schon. Auch die, die von der Misere in der Stahlindustrie indirekt betroffen sind, werden mit diesen Mitteln qualifiziert. Warum denn nicht? Sie wollten doch etwas völlig anderes.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wer denn?)

Das wird doch in allen Regionen praktiziert. Außerdem profitiert von diesen Forschungsmitteln und von F- und E-Mitteln in Höhe von 60 Millionen - über mehrere Jahre - auch wieder die klein- und mittelständische Industrie.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer [Hamm] [CDU])

Deshalb die Großindustrie - die sie ja heute nicht mehr ist - gegen Klein- und Mittelständler auszuspielen, Arbeitnehmer aus der Stahlindustrie gegen Arbeitnehmer

- in den klein- und mittelständischen Unternehmen auszuspielen, schadet dem Land, meine Damen und Herren. (C)

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Sie spielen doch aus!)

Versuchen Sie, sich zu korrigieren, und denken Sie daran, daß wir leistungsfähige Unternehmen und Arbeitnehmer brauchen. Auch die Stahlarbeitnehmer haben ein Recht auf Qualifizierung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Linssen, Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich gemeldet, weil ich noch ein paar Sätze zu dem Beitrag von Herrn Farthmann sagen wollte. Aber lassen Sie mich, bevor ich das tue, Ihnen, Herr Mernizka, noch einmal zurufen: Sie scheinen - offensichtlich durch Ihre Funktion in der IG Metall - wirklich an Verblendung zu leiden!

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Darauf höre ich schon lange nicht mehr. Ich habe keine Funktion. Sie sind nicht richtig informiert!)

(D)

Wissen Sie, Herr Mernizka: Wir gönnen es jedem in der Stahlindustrie oder in einer anderen Industrie. Wir wünschten uns, daß betriebsbedingte Kündigungen überall vermieden werden können. Es geht hier überhaupt nicht darum, daß wir das den Menschen nicht gönnen, so wie Sie es darzustellen versuchen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Ja sicher, so stellen Sie das dar! Sonst unterlassen Sie das!)

- Nein, es geht allein darum, daß ich den Textilarbeitern in Gronau sagen muß, warum im Stahlbereich etwas anderes möglich ist als bei ihnen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Ist ja nicht!)

Und diese Frage können Sie nicht beantworten.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Können wir schon beantworten!)

Daß wir darauf hinweisen, ist unser gutes Recht. Nun fragen Sie: Wo bleibt die Gerechtigkeit?

(Dr. Linssen [CDU])

(A) (Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Nur darum geht es!)

Wann sind denn jemals mehr Wohnungen in Deutschland gebaut worden als in den letzten vier Jahren?

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Hören Sie doch auf!)

Fast zwei Millionen Wohnungen sind gebaut worden, sowohl im sozialen Wohnungsbau als auch im freifinanzierten Wohnungsbau.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Wir haben die höchste Wohnungsnot!)

Wer hat dafür gesorgt, daß Investoren in diesen Bereich investiert und damit den Menschen zu Wohnungen verholfen haben? Das war diese Koalition in Bonn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Gelächter bei der SPD)

Es gibt ein Faktum, über das wir natürlich reden müssen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Höchste Arbeitslosigkeit, höchste Wohnungsnot, höchste Zahl der Sozialhilfeempfänger!)

(B)

Wenn innerhalb von fünf Jahren 4 Millionen Zuwanderer in die Bundesrepublik kommen, dann gibt es gewisse Probleme, das möchte ich hier doch festgehalten haben.

(Zurufe der Abgeordneten Appel [GRÜNE] und Scheffler [GRÜNE])

Das beste Programm für Arbeitnehmer ist, daß eine wachsende Wirtschaft rentable Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Und das unterscheidet uns, Herr Mernizka.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die Arbeitslosenzahlen sind in den letzten Jahren auch gewachsen!)

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Es geht nicht darum, noch ein Programm für vielleicht 100 arbeitslose Jugendliche aufzulegen - das wollen wir auch -, sondern es geht darum, durch eine Ankurbelung der Wirtschaft die vielen Arbeitsplätze zur Verfügung

zu stellen, die wir brauchen. Und das macht diese Regierung besser als jede SPD-Regierung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Hätten wir hier nicht, wie Herr Einert gesagt hat, in diesem Land Nordrhein-Westfalen, zu sehr auf Beharrung gesetzt, wären wir nicht in der Situation, daß wir eine prozentual viel höhere Arbeitslosigkeit haben als in anderen großen Flächenländern.

(Zustimmung bei der CDU)

Und den Eindruck hier zu erwecken, wir seien der Meinung, wir bräuchten die Stahlindustrie nicht, ist geradezu absurd, Herr Mernizka.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: So wie Sie sprechen, ist das so!)

Wir plädieren dafür, daß Forschungsmittel allen gleich zur Verfügung gestellt werden, aber bitte schön nicht für vorhandene Technik, die im Stahlbereich meinetwegen Dünnbandgießen heißt.

(Abgeordneter Marmulla [SPD]: Keine Ahnung, aber davon genug!)

Wenn Sie dafür Forschungsmittel zur Verfügung stellen, ist es eine verkappte Subvention, und darauf dürfen wir hier ja wohl aufmerksam machen.

(D)

Herr Farthmann, zu dem Thema Kohlefinanzierung: Ich glaube, das größte Unheil - das sage ich mit allem Ernst - für die Kohle wäre es, wenn zum Beispiel Herr Schröder Energie- und Wirtschaftsminister in Bonn würde.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ja!)

Ich wundere mich, Sie lachen gar nicht.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Der weiß, daß er das nicht wird!)

Sie erinnern sich vielleicht daran, daß er - ob nun unter Assistenz von Herrn Clement oder nicht, der wollte, glaube ich, jetzt nichts mehr davon wissen - in der Gemeinsamen Kommission den Vorschlag gemacht hat, der Kohle 6,5 Milliarden zur Verfügung zu stellen, degressiv mit minus 250 Millionen pro Jahr.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Pro Jahr!)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Das war der Vorschlag Schröder. Die Bundesregierung gibt 7,5 Milliarden und dann 7 Milliarden bis zum Jahre 2000 fest. Da sind sofort die 400 Millionen drin, Herr Farthmann, von denen wir hier sprechen und um die es in einer Bund-Länder-Finanzierung für die Koks-kohle geht.

Lassen Sie mich dazu auch etwas sagen. Natürlich müssen wir den anderen Ländern versuchen klarzumachen, daß sie uns weiterhin ein Drittel geben. Da werden Sie die CDU vehement vor den Türen Bonns stehen sehen. Aber ich muß dann auch den anderen Ländern erklären, daß es eben nicht mehr ein ganz besonderes Arbeitsmarktproblem nur Nordrhein-Westfalens ist, und das fällt schwer.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Es geht uns wie allen anderen!)

Ich muß den anderen Ländern erklären, warum hier zum Beispiel mal eben die 180 Millionen für Krupp-Thyssen über den Tisch geschoben werden. Ich muß ihnen erklären, warum Sie so lange bei der Asylgesetzgebung gezögert haben und dadurch Hunderte von Millionen für diesen Landeshaushalt an Kosten verursacht haben. Ich muß den Menschen erklären, warum Sie in Zeiten knapper Kassen weiter Hunderte von Millionen für Gesamtschulen ausgeben - bei dem pädagogischen Befund, der uns vorliegt.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Das sind Fragen, die wir von anderen Ländern auch gestellt bekommen, Herr Farthmann.

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Du bist eine Trötel)

Aber ich sage Ihnen ganz klar zu: Wir wollen gemeinsam versuchen, dies den anderen Ländern und der zukünftigen Bundesregierung klarzumachen, daß sie bei der Bund-Länder-Finanzierung doch vielleicht noch einmal für einen gewissen Zeitraum zwei Drittel der Kokskohlenfinanzierung geben. Das sage ich hier ganz deutlich für die CDU-Landtagsfraktion. Aber ich verhehle nicht, daß das ein Riesenstück Arbeit wird bei den Fakten, die ansonsten in anderen Bereichen hier im Lande geschaffen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Herrn Kollegen Linssen. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Rohde. (C)

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Jetzt kommt der Arbeiterführer! - Heiterkeit bei der SPD)

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Ich bedanke mich, "Arbeiterführer" nehme ich an; daß Sie es freiwillig einsehen, macht mich richtig glücklich.

(Lachen bei der SPD)

Verehrte Kollegen von der SPD, eines ist doch klar: Sie sind eben nicht mehr die soziale Gerechtigkeitspartei in Nordrhein-Westfalen, Sie sind es einfach nicht mehr.

(Lachen bei der SPD - Minister Einert: Die F.D.P.?)

- Ja, wir sind es!

(Schallendes Gelächter bei der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Tata, tata, tata, schrumm! Karneval kommt erst noch!)

Das will ich Ihnen deutlich machen. Sie reden nur noch über die Stahlarbeiter, wir reden über alle Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, Sie nicht, (D)

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Hovest [SPD]: Es ist doch gar kein Karneval!)

ob das Textil ist oder Bau oder Maschinenbau, Arbeitnehmer in der Eifel oder in Bielefeld, Sie nur an der Ruhr,

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Er hat sich endgültig zum Parlamentskasper gemausert!)

Sie nur über Arbeitnehmer in Großunternehmen, wir über Arbeitnehmer in allen Unternehmensgrößen, in allen Branchen, in allen Regionen.

Vizepräsident Schmidt: Kollege Dr. Rohde, nur eine Frage an Sie! Es sind mehrere Wünsche auf Zwischenfragen aufgelaufen. Wollen Sie welche beantworten?

- (A) Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Ich habe nur ein paar Minuten Zeit. - Also, das Problem ist doch: Wer spielt denn die einen Arbeitnehmer gegen die anderen aus? Sie, nur allein Sie tun das.

Vizepräsident Schmidt: Herr Rohde, keine Zwischenfragen?

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Nein!)

- Gut.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Deswegen will ich auch noch einmal auf das Problem der Besserverdienenden zu sprechen kommen. Wem gehören denn die Vorstandsvorsitzenden der Monopolrentenunternehmen an der Ruhr an? Wer ist denn der Vertreter des eigentlichen Monopolkapitals an der Ruhr, des verwalteten Kapitals an der Ruhr? Das sind doch die SPD-Leute.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, nur Sie! - Welcher Partei gehören denn die Vorstandsvorsitzenden von RWE, VEW, WestLB etc. an? Sehen Sie da irgendwo einen F.D.P.-Mann? Wir sind die kleinen und mittleren Unternehmen, aber Sie sind doch die Vorstandsvorsitzenden überall.

(B)

(Unruhe)

Es gibt zwei Regionen in der Welt, die so gesehen von Großunternehmen beherrscht werden, das eine ist Japan, das andere ist NRW. Und NRW hat durch Sie bestimmt die Spitze, was das Monopolkapital angeht.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Einert, Sie lachen.

(Minister Einert: Über so einen Schwachsinn kann ich auch nur lachen!)

Ich kann das verstehen, daß Sie lachen, obwohl ich ab und zu den Eindruck habe, daß Sie lieber weinen wollen.

(Minister Einert: Mir kommen höchstens vor Lachen die Tränen!)

- Entschuldigung, wir kennen ja als Wirtschaftspartei die Unternehmen.

(Lachen bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich dachte, Sie sind die Arbeiterpartei!)

(C)

Wir kennen auch die Unternehmer. Nur der Wirtschaftsminister kennt sie nicht. Ich erinnere mich noch genau an das Gespräch, das wir, Vertreter von CDU und F.D.P., mit den Großunternehmern an der Ruhr hatten.

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Wie Rosenmontag! - Abgeordneter Hellwig [SPD]: Wie heißt denn der jetzige Bundeswirtschaftsminister?)

Dann haben die gesagt: Wenn ihr nicht zahlt - und ihr müßt zahlen für sogenannte Qualifizierungsprogramme, Beschäftigungsgesellschaften und, und, und - -

(Abgeordneter Bruckschen [SPD]: Davon kennst du doch gar nichts!)

Und dann warnten sie vor politischen Gefahren, und sie verwiesen auf die Stahlkonjunktur. Aber einer hat sich über den Tisch ziehen lassen, das ist Herr Einert. Ein ganzes Kabinett hat sich über den Tisch ziehen lassen; das gehört der SPD an. Die zahlen jetzt Subventionen an Unternehmen, die Gewinne machen. Wo gibt es das überhaupt in der ganzen Welt?!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

(D)

Sie zahlen doch Subventionen an die Unternehmen, die Gewinne machen, die Erträge verbessert haben. Das ist wirklich eine merkwürdige Form von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die gewinnmächtigen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen werden, weil sie Gewinne machen, von der SPD subventioniert. Das müssen wir mal jemandem erklären, Herr Farthmann.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ein Sprecher des Bundes der Gerechten!)

Wenn irgend jemand über den Tisch gezogen worden ist und es jetzt bereut - deswegen lacht er auch so verlegen -, dann doch dieser Wirtschaftsminister!

Dann versuchen Sie, was die Kohle angeht, mit einem, wie ich finde, etwas infamem Wahlkampf auf Kosten der Arbeitnehmer in der Bergindustrie nur Ihre parteipolitische Ernte einzufahren. Auf Kosten des Bergbaus, auf Kosten der Familie und der Arbeitnehmer in der Bergbauindustrie! Einerseits - Sie haben es gestern gelesen - sagt der Bundesfinanzminister, die Bundesregie-

(Dr. Rohde [F.D.P.]

- (A) rung soll eine Alternativrechnung vorlegen. Wenn die Bundesregierung dann sagt, wie Subventionen eingespart werden können, sagen Sie: Paßt auch nicht.

Dann wird so getan, Herr Wirtschaftsminister, als gäbe es jetzt Schreiben des Bundeswirtschaftsministers an Sie. Es gibt kein einziges Schreiben des Bundeswirtschaftsministers an den Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Es gibt Schreiben von Anfang des Jahres und vom letzten Jahr, aber überhaupt keine neuen. Das heißt, hier wird ranzige Butter aufgewärmt. Es wird so getan, als gehe es um einen neuen Streit. Es geht nicht um einen neuen Streit. Es geht auch nicht - das weise ich mit Entschiedenheit zurück - um Vertragsbruch.

(Minister Clement: Es geht wohl um Vertragsbruch!)

Es geht nicht um Vertragsbruch! Ich habe Ihnen gesagt, wir haben Ihnen gesagt, die CDU hat Ihnen gesagt, alle haben gesagt, die Bundesregierung hat Ihnen gesagt: Verträge können nicht einseitig aufgekündigt und geändert werden. Das ist eine infame Lüge - ich behaupte, eine infame Lüge, und halte das aufrecht -, der Bundesregierung hier Vertragsbruch vorzuwerfen.

(Minister Einert: Sind Sie der Vertragspartner?)

- (B) Sie haben versagt, Herr Wirtschaftsminister.

(Minister Einert: Wie stehen Sie dazu?)

Sie haben absolut versagt. Die Position von Schröder ist Ihnen entgegeng gehalten worden.

(Minister Einert: Sie haben überhaupt kein Recht, darüber zu reden!)

- Das wird sich herausstellen. Ob Sie es mit der Wahrheit so genau nehmen - -

(Minister Einert: Genauso wenig wie Sie!)

- Sie haben das, was Sie früher gesagt haben, nicht mehr im Kopf. Das ist das Problem.

Wir haben Ihnen gesagt, daß wir eine andere Finanzregelung brauchen, und wir haben Ihnen vorgehalten, weshalb wir sie brauchen. Wir haben gesagt: Sie können die alte Regelung nicht beibehalten, weil die Nichtkohleländer unter Führung von Niedersachsen, von Schröder, nicht bereit sind, den nordrhein-westfälischen Kurs mitzutragen. Und diese Länder sind nicht bereit.

- (C) Sie, Herr Minister, waren nicht bereit, auf unseren Antrag einzugehen, sich um eine neue Energiesteuer zu kümmern und dann die Probleme des Hüttenvertrags in diese Energiesteuer einzuziehen.

Deswegen hat Ihnen auch Hagen Tschoeltsch 1993 gesagt: Wenn Sie nicht darauf eingehen, finden Sie wider Ihren Willen, aber von der Interessenlage der anderen Länder diktiert, im Haushalt 1995 eine Position wieder, die Ihnen nicht gefällt. Genau das ist eingetreten. Das heißt: Sie meinten, in dem Glauben, NRW könne sich gegen den Rest der Welt durchsetzen, mit dem Kopf durch die Wand gehen zu können. Das ist Ihnen nicht gelungen und wird Ihnen nicht gelingen.

Deswegen sagen wir Ihnen: Es ist außerordentlich sinnvoll für Sie, in diesen Punkten endlich auch einmal auf die Wirtschaftspartei F.D.P. zu hören.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Denn wir alle wissen, daß kleine und mittlere Unternehmen diejenigen sind, die die Arbeitsplätze schaffen und die für Innovationen sorgen. Deshalb ist der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen nur mit einer Politik für alle Unternehmensgrößen zu machen. Mit der einseitigen Bevorzugung des Montan-Komplexes, mit der einseitigen Privilegierung der Arbeitnehmer im Montan-Komplex spielen Sie die einen Arbeitnehmer gegen die anderen aus.

(D)

Deswegen sage ich noch einmal: Die eigentliche Gerechtigkeitspartei - Chancen für alle Arbeitnehmer, ob Arbeiter oder Angestellte, für alle Regionen und für alle Branchen - sind wir.

(Lachen bei der SPD)

Sie konzentrieren sich nur auf den Montan-Komplex.

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rohde. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Clement das Wort. Bitte schön!

Minister für besondere Aufgaben Clement: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Rohde, Sie müssen achtgeben, daß Sie nicht über die vielen Etiketten stolpern, die Sie sich inzwischen geben,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

(Minister Clement)

- (A) von der Gerechtigkeitspartei über die Wirtschaftspartei, die Partei für Arbeitnehmer. Was Sie nicht alles sein wollen! Ich kann Ihnen nur sagen: Sobald Sie das Wort "zwei Klassen" in den Mund nehmen, fällt es auf die F.D.P. zurück. Darauf können Sie Gift nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte doch noch etwas zu einigen Bemerkungen, die hier gefallen sind, sagen. Erstens zur PDS! Herr Dr. Linssen, Sie glauben ja, daß Sie dieses Thema auch noch nach Nordrhein-Westfalen tragen können. Ich habe Ihren Generalsekretär beim Plakatekleben gesehen. Ich glaube, das war das einzige Plakat, das er in Nordrhein-Westfalen geklebt hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich wollte nur noch einmal wiederholen, was ich schon gestern abend gesagt habe, und das lautet: Es gibt bisher eine einzige Entscheidung, die das Land Nordrhein-Westfalen betrifft, die mit der PDS zu tun hat, und diese Entscheidung ist die Hauptstadtentscheidung gewesen, in der Herr Kohl und Herr Schäuble zusammen mit der PDS sich für Berlin entschieden haben. Wäre dies anders gewesen, wäre Bonn heute noch Hauptstadt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

(B)

Wenn Sie glauben, Sie sollten über Bündnisse reden, dann reden Sie über das Bündnis vom 20. Juni 1991. Da hat es stattgefunden.

Und weil Ihr Bundeskanzler ja so gern tote Sozialdemokraten beschwört, sage ich Ihnen: Bei dieser Entscheidung vom 20. Juni 1991 mit der PDS zusammen hätte sich Konrad Adenauer im Grab herumgedreht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Billiger geht es gar nicht!)

- Sie beschwören doch so gern tote Sozialdemokraten. Es gibt doch keine Rede Ihres Kanzlers, in der er nicht tote Sozialdemokraten beschwört. Da müssen Sie hinnehmen, daß wir auch einmal an Ihre Geschichte erinnern.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was ist mit Brandt und Schmidt? - Weitere Zurufe von der CDU)

Zweitens. Sie, Herr Dr. Linssen, sagen ja auch, die Menschen in Nordrhein-Westfalen und überall verdank-

(C) ten den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung ihrer Regierung. Da erinnere ich Sie einmal daran, daß Ihr Bundeskanzler und Ihre Bundesregierung vor sechs Monaten in der ganzen Bundesrepublik nichts anderes getan haben, als den Wirtschaftsstandort Deutschland herunterzureden. Als es der Wirtschaft schlechter ging, waren alle schuld, die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber, die Manager, die Forscher, alle waren schuld, nur nicht die Bundesregierung. Wo sich jetzt ein leichter Aufschwung abzeichnet, wollen Sie allen Ernstes den Menschen klarmachen, das sei eine Tat der Bundesregierung? Ich wäre fast versucht, Ihnen frei nach Wilhelm Busch zu antworten:

Stellen sich Konkurse ein,
ist's die Wirtschaft ganz allein.
Wenn dann aber Aufschwung lacht,
hat's der Helmut Kohl gemacht.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Linssen, so ist das. Es darf gelacht werden, Herr Linssen.

Und ich sage Ihnen noch etwas: Wenn Sie weiter davon reden, diesen Aufschwung habe der Bundeskanzler verschafft, dann sage ich Ihnen: Dieser Bundeskanzler hat auch die 6 Millionen Arbeitslosen zu verantworten, 4 Millionen plus 2 Millionen in Beschäftigungsinitiativen. So sieht die Welt aus.

(D)

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Deshalb denke ich, daß Sie da schon zu den Realitäten zurückkehren sollten und von den Schlagworten zum Wahlkampf, die hier gedroschen werden, weg sollten.

Weil hier von Gerechtigkeit und Gerechtigkeitspartei die Rede ist, Herr Dr. Rohde und Herr Dr. Linssen, muß ich Ihnen sagen: Am 1. April 1995 tritt, wenn diese Regierung im Amt bleibt, die Befristung der Arbeitslosenhilfe in Kraft. Ab dem 1. April gehen dann 300 000 Arbeitslosenhilfeempfänger in die Sozialhilfe. Ab 1. April 1995 zahlt dann nicht mehr der Bund Arbeitslosenhilfe, sondern die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik zahlen Sozialhilfe. Das ist das, was Sie als Gerechtigkeitspartei verkaufen:

(Beifall bei der SPD)

Daß die Arbeitslosen in die Sozialhilfe gehen müssen und Sie die Kosten dafür auch noch vom Bund auf die

(Minister Clement)

- (A) Kommunen übertragen. Das ist die Gerechtigkeitspartei, die Sie hier darstellen!

(Beifall bei der SPD)

Damit Sie auch über meine Beteiligung bei der Kohle etwas wissen: Der Vorschlag mit der degressiven Subvention der Kohle, der von Ministerpräsident Schröder gemacht worden ist, ist von uns in aller Klarheit abgelehnt worden, damals wie heute, und in den Energiekonsensgesprächen - das ist vielleicht Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, weil Sie sich nicht darum kümmern - hat Herr Schröder diesen Vorschlag nicht aufrechterhalten, sondern weiterhin die Position, die dann herausgekommen ist, unterstützt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Ihre Position? Die Position der CDU/CSU und der F.D.P. war in den Konsensgesprächen doch ununterbrochen auf Abbau der Kohle gerichtet. Sie haben doch versucht, ein unredliches Geschäft zwischen Atomenergie und Kohle zu machen.

(Erneut Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Ihre Seite hat dort doch nicht einmal sachlich über die Kohle gesprochen.

- (B) (Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie eine Frage von Herrn Abgeordneten Laurenz Meyer beantworten wollen?

Minister für besondere Aufgaben Clement: Nein, das möchte ich jetzt nicht.

Herr Dr. Rohde, Sie sagen, die Kürzung der Haushaltsmittel für die Koks-kohle - die 400 Millionen DM - sei keine Überraschung. Was heißt das? Wenn vor einem Jahr schon eine Sünde begangen worden ist, meinen Sie, durch ständiges Wiederholen würde sie besser?

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, diese Sünde jetzt im Haushalt zu verhindern. Wir bitten sehr darum, das von Ihrer Seite zu

unterstützen, damit dieser Schritt korrigiert wird. Das finanzielle Risiko, das dem Bergbau durch die Beschlüsse der Bundesregierung auferlegt worden ist, beträgt in den nächsten Jahren insgesamt über 2 Milliarden DM, und das geht an den Nerv des Bergbaus. Worüber wir reden, ist nicht eine Spielerei um irgendeine Haushaltsposition. Es geht um den Nerv des Bergbaus insbesondere in Nordrhein-Westfalen. (C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Darauf müssen Sie eine Antwort geben. Die Antwort - Herr Dr. Linssen, ich habe vorhin sehr wohl vernommen, was Sie dazu gesagt haben - wird auch klar sein müssen. Darauf legen wir größten Wert. Wir werden Sie auch veranlassen, dazu etwas zu sagen.

Eine letzte Bemerkung, Herr Dr. Rohde: Sie verweisen ständig auf die Energiesteuer, die wir hätten durchsetzen sollen. In den Energiekonsensgesprächen hat Herr Rexrodt doch als erstes gesagt: Es kommt keine Energiesteuer in Frage. Sie können doch nicht durchs Land laufen und solche Töne anschlagen, und Ihre Partei auf der Bundesebene macht ständig das Gegenteil.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sämtliche Bundeswirtschaftsminister der letzten Jahre, die allesamt von der F.D.P. gestellt worden sind, von Möllemann und Haussmann bis zu Rexrodt, haben doch nichts anderes getan, als zu Lasten des Bergbaus zu fahren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Sie tun das doch jetzt auch. Von der Energiesteuer hat keiner von denen etwas hören wollen. Möglicherweise - Herr Dr. Rohde, ich kann das nicht ausschließen - sind Sie mit Ihren Vorschlägen bei Ihren eigenen Parteifreunden in Bonn gar nicht gehört worden. - Schönen Dank.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Linssen, bitte.

(Ah-Rufe von der SPD - Zuruf von der SPD: Unser bester Mann! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Lassen Sie ihn reden, das hilft uns!)

- (A) Abgeordneter Dr. Linssen (CDU*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede von Herrn Clement ist für uns überhaupt nicht diskussionswürdig.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Hier hat offensichtlich ein Berater von Herrn Scharping gesprochen, der merkt, daß seine Leistungen in dieser Beratung absolut minderwertig sind,

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Geh doch nach Hause!)

und der weiß, daß er am Abend der Sachsen-Anhalt-Wahl einen fatalen historischen Fehler gemacht hat, indem er Herrn Scharping dieses Bündnis angeraten hat.

(Beifall bei der CDU)

Dieses schlechte Gewissen prägt offensichtlich alle seine völlig emotionsgeladenen Ausführungen. Ich will mich darüber überhaupt nicht weiter aufregen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Was sagen Sie denn zur Sache, Herr Kollege?)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt Nachtragshaushalt? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, Platz zu nehmen zur Schlußabstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/7710 ab. Die CDU-Fraktion hat Einzelabstimmung über die Nummern 1 und 2 des F.D.P.-Antrags gemäß § 52 unserer Geschäftsordnung beantragt. Wir führen also zwei Abstimmungen durch. Zunächst zu Ziffer 1 - Einzelplan 08 -: Wer für den Änderungsantrag in diesem Bereich ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die SPD ist dagegen. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen bei CDU und GRÜNEN. Dieser Teil des Antrags ist abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 2 zu Einzelplan 07 auf. Wer ist für diesen Teil des F.D.P.-Antrags? - Das sind die F.D.P.-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der GRÜNEN-Fraktion ist dieser Punkt 2 mit Mehrheit ebenfalls abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7737 ab. Wer ist für den Änderungsantrag? - Die GRÜNEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die SPD, die CDU und die F.D.P. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir stimmen drittens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 11/7300 und 11/7590 ab. Da der Haushalts- und Finanzausschuß nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs keine weitere Beratung durchgeführt hat, ist die Beschlußempfehlung des Ausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 11/7600 auch heute unsere Abstimmungsgrundlage. Hierin empfiehlt der Ausschuß, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet worden. - Vielen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesundheit schützen - Ozon-Vorläufersubstanzen reduzieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/7607

in Verbindung damit:

Ozonreduzierung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/7609

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Nacken das Wort. - Bitte schön.

(C)

(D)